Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 46. **Donnerstag, den 24. Februar 1910.** **17. Jahrg.**

Hierzu eine Beilage.

Demokratische Entwicklung.

Wenn die Bethmanns auf den Höhen der Politik erscheinen, so bedeutet das gewöhnlich nichts Gutes. Ursprünglich machten sie nur in Gelderwerb, erst später auch in Politik. In der letzteren Rolle erscheint ein Bethmann zuerst auf dem Aachener Fürstenkongresse von 1818, der „die Erhaltung der in Europa unter dem Schutze der göttlichen Vorsehung hergestellten Ordnung", d. h. der Reaktion nach dem Sturze Napoleons, bezweckte. Es befanden sich dort, wie ein Historiker sagt, neben der verrückten Frau v. Krüdener, der Stifterin der heiligen Allianz, und der Wahrsagerin Lenormand als Statisten auch die drei Geldmenschen Baring, Bethmann und Rothschild. Damit begann die politisch aufsteigende Linie der Familie.

Schon vierzig Jahre später war der Jurist Moritz August von Bethmann-Hollweg preußischer Minister der geistlichen und Medizinalangelegenheiten. Das war dieselbe Regierung, in der König Wilhelm, damals Regent, den Satz aufstellte, Preußen müsse in Deutschland moralische Eroberungen machen, so daß die leichtgläubigen Liberalen von einer „liberalen Ära" träumten. Aus diesem Traum wurden sie dann unsanft durch Bismarck erweckt, der verfassungswidrig ohne Budget regierte und die Eroberungen Preußens in Deutschland mit Kanonen und Bajonetten vollführte.

Der Enkel dieses zweiten politischen Bethmann ist der heutige Reichskanzler. Man könnte nicht sagen, daß er Besseres bringt als sein Vorgänger im Amt; man kann vielmehr als sicher annehmen, daß er in Deutschland noch weniger „moralische Eroberungen" machen wird, als sein Großvater. Noch selten hat ein Staatsmann so allgemein enttäuscht, und selbst die waschechten ostelbischen Junker, nach deren Herzenswünschen die „Wahlreform" eingebracht worden ist und denen zu Gefallen der Reichskanzler die reaktionären Traditionen des alten Preußentums zu einem so stattlichen Bündel zusammengefaßt hat, nehmen zwar dessen Gefälligkeiten an, aber innerlich sind sie schwerlich begeistert, weil für sie die Stammbäume maßgebend sind. Und für ihre Ansprüche ist der Bethmannsche etwas klein.

Doch das kann uns gleichgültig sein. Aber als Herr von Bethmann-Hollweg sich in einer ersten größeren Rede der politischen Welt vorstellte, da hieß es: „Ah, das ist weniger ein Staatsmann, als ein Philosoph!" — Nun, darüber hätte man sich zur Not trösten können. Philosophen sind im allgemeinen nicht dazu geeignet, Staatsgeschäfte zu besorgen, namentlich nicht in unserer Zeit der wirtschaftlichen Kämpfe. Aber ein Philosoph, der sich in die Politik hineinwagt, kennt doch wenigstens den Gang der welthistorischen Entwicklung, und das gibt ihm die Fähigkeit, Fehler zu vermeiden, die so häufig begangen werden, weil ihre Urheber die Geschichte eben nicht kennen.

Aber darauf ist eine abermalige und noch stärkere Enttäuschung erfolgt. Wenn Herr von Bethmann-Hollweg kein moderner Staatsmann ist — er hat aber einige Weisheitssprüche der alten staatsmännischen Schule von Metternich in sich aufgenommen —, so hat er noch weniger etwas von einem Philosophen. Sonst hätte er nicht sagen können, daß die demokratische Entwicklung zwar die Basis verbreitere, aber das Niveau verflache. Das ist die Quintessenz seiner Anschauung von der welthistorischen Entwicklung. Er sagt, er sei nicht der einzige und nicht der erste, der diese Anschauung habe. Gewiß, aber unter den Denkern, die aller Welt geleuchtet haben, darf man seine Gesinnungsgenossen nicht suchen.

Die ganze Weisheit, die in der Anschauung des Reichskanzlers steckt, kann man mit einem Satze vernichten. Nach Bethmann-Hollweg müßte auch das höchstentwickelte demokratische Staatsgebilde der antiken Welt, die athenische Republik, „verflachend" gewirkt haben. In welch hohem Maße die geistigen Einflüsse, die sich an die Schöpfungen jenes Gemeinwesens überhaupt und an die Schöpfungen ihrer bildenden Künste im besonderen knüpfen, heute noch fortwirken, das dürfte dem Herrn Reichskanzler doch wohl auch bekannt sein, denn wir können doch nicht annehmen, daß dies alles eindruckslos an ihm vorbeigegangen sei.

Daß in den mitteleuropäischen Ländern die Gesellschaft demokratisiert wurde, dürfte dem Herrn Reichskanzler gleichfalls nicht unbekannt sein. In England, Frankreich und Italien ist der Feudalismus beseitigt, die feudale Gesellschaft von der bürgerlichen abgelöst worden. In Deutschland lebt zwar der Feudalismus in Ostelbien noch fort, allein auch hier ist das Bürgertum, das vorher unterdrückt gewesen, zu einer der herrschenden Klassen geworden. Aber hat die Demokratisierung der Gesellschaft, wie sie namentlich durch die französische Revolution bewirkt worden, verflachend gewirkt? Im Gegenteil. Die demokratische Fortentwicklung hat das Bildungsmonopol, das früher einigen wenigen Bevorrechteten eigen war, gebrochen. Sicherlich ist die Volksbildung im Klassenstaat von heute kaum ein Schatten von dem, was sie sein sollte: aber sie ist doch gegen früher unendlich vorgeschritten. Die Zahl der Analphabeten ist dort am größten, wo die Zustände den Anschauungen des Herrn Reichskanzlers am meisten entsprechen. Der eminente Bildungsdrang, der durch unser Volk geht, ist von der demokratischen Entwicklung angeregt worden. Von der letzteren sollte die Familie derer von Bethmann-Hollweg überhaupt nicht so geringschätzig sprechen, denn hätte diese Entwicklung nicht verschiedene mittelalterliche Vorrechte abgeschafft, so hätte eben diese Familie auch nicht werden können, was sie heute ist.

Im Anschluß an seine total verfehlte Grundanschauung hat der Reichskanzler alsdann auch die demokratische Entwickelung des Parlamentarismus als verflachend bezeichnet. Nun, das Parlament, das sich zur Höhe des englischen Parlaments von 1645 und des Nationalkonvents von 1793 erhebt, soll erst noch kommen. Das Frankfurter Parlament von 1848 konnte eben sein Verfassungswerk nicht durchführen, weil es zu wenig demokratisiert war. Wir können nicht in den Verdacht kommen, den modernen Parlamentarismus zu überschätzen, aber der Reichstag von heute steht denn doch turmhoch über dem Vereinigten Landtag von 1847 und über der „Landratskammer" der fünfziger Jahre.

Im Ausland wird man wiederum den Kopf schütteln über einen „Staatsmann", der die Gespenster des Mittelalters heraufbeschwört und sie für das Wertvollste ausgibt, was das geistige und materielle Zusammenwirken unseres Volkes geschaffen. Bei einem Kleist-Retzow als einem Stolberg-Wernigerode, deren Familien noch in ferne, graue Jahrhunderte hineinreichen, wären uns solche Traditionen wenigstens erklärlich. Die Familie deren von Bethmann-Hollweg hat sich erst im Laufe des vorigen Jahrhunderts in solche Anschauungen hineingelebt und da wird die prononzierte Junkerschaft des gegenwärtigen Reichskanzlers gewissen aristokratischen Auguren, wenn sie unter sich sind, ein verständnisinniges Lächeln entlocken.

Was auch sonst kommen mag, dieser Kanzler wird nicht lange regieren. Eben die demokratische Entwicklung wird ihn fortschwemmen.

Politische Rundschau

Deutschland.

Der Reichstag

nahm am Mittwoch seine durch das Ableben des Präsidenten Grafen Stolberg unterbrochenen Sitzungen wieder auf. Ein prachtvoller Strauß roter Nelken zierte den Sitz des Genossen Bebel, der von vielen Seiten herzliche nachträgliche Gratulationen empfing.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas Vizepräsident Spahn zahlreiche Beileidskundgebungen zu dem Tode des Präsidenten. Ein Gesetz von wenig mehr als formaler Bedeutung, das Reichskontrollgesetz, wurde nach unbedeutender Debatte an die Budgetkommission verwiesen. Sodann fuhr man fort in der Beratung des Etats des Innern. Der konservative Graf von Carmer-Ziesewitz erging sich in Ausfällen gegen jede ernsthafte Sozialpolitik und brachte wieder einmal den Haß der Junker gegen das Koalitionsrecht der Landarbeiter zum Ausdruck. Der nationalliberale Herr Stresemann hielt einen akademischen Vortrag über Schutzzoll, Freihandel und Handelsverträge. Lebhafter wurde er, als er in Zurückweisung verschiedener Anrempeleien auf den Hansabund zu sprechen kam. Die inneren Auseinandersetzungen zwischen Zirkus Busch und Zirkus Schumann, zwischen Bund der Landwirte alias Krautjunker und dem Bund der neuen Hansen alias Schnotjunker, muten das moderne Proletariat beinahe schon so gespensterhaft an wie die Kämpfe der Grünen und der Blauen, der Rennbahnparteien im alten Konstantinopel. Aber eine gute Partie hatten die Stresemannschen Ausführungen doch, nämlich die Aufforderung an Bethmann-Hollweg, seine Predigten über politischen guten Ton künftig im Zirkus Busch zu verzapfen. Diesem Teil der Stresemannschen Rede zollte denn auch die gesamte Linke Beifall.

Nach einer leisen, langen und langweiligen Rede des öden Delbrück über Handelsverträge und was damit zusammenhängt, trug der Pole Brejski eine große Anzahl meist sehr berechtigter Beschwerden vor. Es war bereits 7 Uhr; aber Herr Spahn, der Dauerpräsident, gab noch dem folgenden Redner das Wort, einem gewissen antisemitischen Bäckermeister Rieseberg, der über den Verdacht, das Pulver erfunden zu haben, längst hinaus ist, bisweilen aber als unfreiwilliger Komiker geschätzt wird. Aber in so später Stunde zieht auch Komik nicht. Herr Spahn spielte übrigens, ehe er Rieseberg das Wort gab, ziemlich auffällig mit der Vertagungsmappe. Man behauptet, er habe damit beruhigend wirken und einem Vertagungsantrage aus der Mitte des Hauses zuvorkommen wollen.

Aus der Budgetkommission des Reichstages.

In der Budgetkommission teilte auf die Anfrage, ob es war sei, daß beabsichtigt werde, auf der Danziger Werft 900 Arbeiter zu entlassen, Admiralitätsrat Harms mit, daß nur 200–300 Arbeiter für die Entlassung in Aussicht genommen seien. Auf eine weitere Anfrage über die Lohnverhältnisse der Arbeiter wurde von einem Vertreter des Marineamtes erklärt, daß ein Vergleich mit den in der Privatindustrie geschaffenen Löhnen ergeben habe, daß die Löhne in der Marineverwaltung reichlich hoch seien. Die Verwaltung habe daher die Eingabe der Arbeiter um höhere Löhne ablehnen müssen. Auch ein Vergleich der Marktpreise mit denen im Vorjahre hätte in Wilhelmshaven und Danzig einen kleinen Rückgang ergeben. In Kiel sei eine Steigerung konstatiert worden, sie sei aber so minimal, daß sich damit keine Lohnerhöhung verbinden lasse.

Von den für die Instandhaltung der Schiffe und ihres Inventars angeforderten 24 Millionen Mark wurden 300,000 Mark gestrichen, dahingegen wurden 15 Millionen (statt 10 Millionen im Vorjahre) Mark zur Beschaffung von Unterseebooten glatt bewilligt. Zur Beschaffung von Schutznetzen für eine Anzahl von Schiffen wird als erste Rate eine Million Mark bewilligt.

Das preußische Abgeordnetenhaus

beriet am Mittwoch in erster Lesung die Vorlage betr. Erweiterung der Stadtkreise Spandau und Magdeburg. Sodann wurde in die Beratung des Etats des Ministerium des Innern eingetreten. Hierzu liegt ein von unserer Fraktion gestellter Antrag auf Aufhebung des Systems der politischen Polizei vor. Dieser Antrag steht mit zur Debatte. Eine Reihe weiterer Anträge der Sozialdemokraten, die sich auf die Aufhebung des Plakatgesetzes, auf die Aufhebung des Vagabundengesetzes und auf das Vereinsgesetz beziehen, sollen erst nach der Erledigung des Etats besonders beraten werden.

Die Debatte wurde durch eine Rede des Abg. Bleil (Zentrum) eingeleitet, der den Minister heftig angriff, weil er eine Broschüre, die gegen das Zentrum gerichtet war, öffentlich gelobt hat. Der Minister suchte sich damit zu verteidigen, daß es sich nur um einen Höflichkeitsakt gehandelt habe, aber durch diese Verlegenheitsausrede wurde die Sache nicht besser, im Gegenteil, auch die Konservativen schlossen sich den Angriffen des Zentrums an. Beifall erntete der Minister bei den Konservativen erst wieder am Schluß der Sitzung, als er in Beantwortung einer wuchtige Anklagerede Liebknechts die Polizei in Frankfurt und Neumünster lobte.

Die Herrschaft des Geldsacks.

Die „Kölnische Zeitung" offenbart wieder einmal die reaktionäre Gesinnung der Nationalliberalen. Das Blatt gibt Herrn v. Bethmann-Hollweg recht, wenn er sagt, er glaube nicht an die absolute Richtigkeit des Dogmas vom allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht für alle Staaten und Verhältnisse:

„Man mag sich drehen und wenden wie man will, solange die bürgerliche Staatsordnung besteht, bleibt der Besitz ein Axiom, das bei der Verteilung der konstitutionellen Machtmittel den Ausschlag gibt. Dieses Axiom aber wird vorerst nur von den Industriearbeitern und der parlamentarischen Vertretung, die diese sich in der Sozialdemokratie geben, angefochten. Deshalb ist es durchaus verständlich, daß die Staaten, in denen die Industrialisierung in Deutschland am weitesten gediehen ist, nämlich Preußen und Sachsen, bemüht sind, sich ein Wahlrecht zu geben, das es hindert, die Entscheidung über die dem Besitz aufzuerlegenden direkten Staatslasten der besitzlosen Masse in die Hand zu geben, und das der Gefahr vorbeugt, daß der Besitz schließlich aus dem Lande getrieben wird."

Genau wie die Junker! Wie diese verkünden auch die Nationalliberalen, daß sie das Portemonnaie der Reichen nicht ausliefern wollen einem Parlamente, das auf Grund des allgemeinen gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zustande gekommen ist.

Zur Stichwahl in Mühlheim-Wipperfürth-Gummersbach.

Die Vertrauensmänner der christlich-sozialen Partei und des Bundes der Landwirte haben beschlossen, in der Stichwahl für den Kandidaten des Zentrums einzutreten.

Die Liberalen haben bisher noch keine Parole für ihre Wähler ausgegeben. Eine demokratische Versammlung in Mühlheim, in der Dr. Breitscheid redete, sprach sich mit Entschiedenheit für die Unterstützung des sozialdemokratischen Kandidaten aus.

Lüderitzbuchter Depeschen.

Die „Deutsche Tageszeitung", das Organ des Bürgermeisters Kreplin in Lüderitzbucht, ist in der Lage, abermals zwei Depeschen von dort veröffentlichen zu können. Die erste Depesche weist darauf hin, daß das Kolonialamt der Kolonialgesellschaft ein dauerndes Abbaurecht auf Diamanten und alle andere Mineralien im Sperrgebiet erteilen und die Konzessionen erheblich erweitern wolle. Die Privat-Diamanten-Interessenten in Lüderitzbucht erklären nun, daß sie dem Landesfiskus für Abbaurechte im Sperrgebiete 80 Proz. vom bilanzmäßigen Reingewinn abtreten wollen, wodurch der Fiskus statt der 8 Millionen, die die Kolonialgesellschaft zahlen soll, mindestens 100 Millionen Mark bekommen würde. Die Interessenten wollen weiter eine Garantie dafür übernehmen, daß in die Ausbeutungsgesellschaften nur Deutsche eintreten können.

Einige Stunden später empfing die „Deutsche Tageszeitung eine Depesche des Bürgermeisters Kreplin, in der gebeten wird, den Abschluß des neuen Vertrages mit der Kolonialgesellschaft, der am 1. April 1911 in Kraft treten soll, solange hinauszuschieben, bis dem Reichstage eine eingehende Denkschrift zugegangen sei.

Das deutsch-kanadische Zollabkommen.

Am 15. Februar ds. Js. ist, wie amtlich bekannt gegeben wird, von dem kaiserlichen Konsul in Montreal und dem kanadischen Finanzminister Mr. Fielding die nachstehende Vereinbarung unterzeichnet worden:

1. Die kaiserlich-deutsche Regierung wird vom 1. März 1910 ab den in der anliegenden Liste aufgeführten Erzeugnissen bei der Einfuhr nach Deutschland die deutschen Vertragssätze einräumen.

2. Der General-Gouverneur von Kanada wird auf Grund des Abschnittes 7 des kanadischen Zolltarifgesetzes von 1907 vom 31. März 1910 an bezüglich der nach Kanada eingeführten Erzeugnisse Deutschlands, die durch Verordnung des Gouverneurs im Rate vom 28. November 1903 auferlegten Zollzuschläge aufheben und es werden infolgedessen während der Dauer dieser Verständigung die deutschen Erzeugnisse bei der Einfuhr nach Kanada vom 1. März 1910 ab zu den Sätzen des kanadischen Generaltarifs zugelassen werden.

3. Diese Verständigung ist eine provisorische und die Frage eines allgemeinen, die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Kanada regelnden Vertrages soll bis zu einem beiden Teilen genehmen Zeitpunkt verschoben werden.

4. Wenn nach angemessener Zeit ein Handelsvertrag, wie er in dem vorhergehenden Absatz ins Auge gefaßt ist, nicht zustande gekommen ist, so kann jeder der hierin vertretenen Teile, wenn er es für wünschenswert hält, die auf Grund der vorliegenden Verständigung gewährten bezüglichen Zugeständnisse aufhören lassen oder zurückziehen, indem er der anderen Regierung von seiner Absicht Kenntnis gibt.

Die in Ziffer 1 erwähnten deutschen Vertragssätze beziehen sich auf die folgenden 25 Nummern des deutschen Zolltarifs:

2 (Weizen), 3 (Gerste), 4 (Hafer), 18 (Kleesaat), 19 (Grassaat), 47 und 48 (frisches und getrocknetes Obst), 76 (längsgesägtes Bauholz), 83 (Faßholz), 100 (Pferde), 103 (Rindvieh), 104 (Schafe), 108 (Fleisch), 123 (Hummer und Langusten), 126 (Schweineschmalz, Oleomargarine), 162 (Mehl), 208 (eingedickte Milch), 219 (Nahrungsmittel in luftdicht verschlossenen Behältnissen), 316 Kalcium-Karbid), 349 und 350 (Holzgeist, roh und gereinigt), 545 (Leder-Kernstücke und Schweinsleder), 556 (Schuhe aus Leder), 650 (Holzmasse) und 651 (grobe Pappe).

Ein neues Einkommensteuergesetz in Sachsen-Meiningen.

Das vom Meininger Landtag angekommene Einkommensteuergesetz enthält gegen das alte Gesetz wesentliche Fortschritte, so daß auch unsere Fraktion für die Vorlage stimmte, obwohl die Ermäßigungen von 900—3000 Mk. von den bürgerlichen Abgeordneten abgelehnt worden waren. In Zukunft werden die Einkommen bis 900 Mk. (bisher 700 Mk.) von der Staatssteuer ganz befreit sein, während die Einkommen von 3 300 Mk. an statt bisher mit 4 Proz. nunmehr bis zu 5 Proz. zur Staatssteuer herangezogen werden. Das neue Gesetz bestimmt auch, daß für jedes Kind bis zu 14 Jahren 50 Mk. in Abzug gebracht werden, was bisher in das freie Ermessen der Einschätzungskommission gestellt war. Wichtig ist auch die Bestimmung, daß die Renten der Unfall- und Invalidenrentner nicht mehr zum Einkommen gerechnet werden, somit also steuerfrei bleiben. Eine große Unberechtigkeit ist damit abgeschafft worden, daß nach dem neuen Gesetz der Arbeitsverdienst der zum Haushalt gehörenden Kinder nicht mehr zum Verdienst des Haushaltungsvorstandes gerechnet, sondern selbständig veranlagt werden soll, was in den meisten Fällen zur Folge haben wird, daß die Einkommen der Kinder staatssteuerfrei bleiben. Das neue Gesetz tritt am 1. Januar 1911 in Kraft.

Die Kriegervereinsagitation in der Wahlprüfungskommission.

Zur Prüfung stand die Wahl des Abgeordneten Wehl (Natlib.) im Wahlkreise Celle-Peine-Gifhorn. Die Kommission beschäftigte sich mit dem gegen die Wahl vorliegenden Protest, hauptsächlich aber mit der Wahlbeeinflussung durch die Kriegervereine. Die Vorsitzenden der Kriegervereine haben in Vereinsversammlungen für Wehl in der bekannten Weise, die den Statuten der Vereine widerspricht, agitiert. Angestellte Erhebungen und die in der Kommission vorliegenden Statuten verschiedener Kriegervereine bestätigten, daß Politik von der Tätigkeit der Vereine ausgeschlossen sein solle. Die Statuten sind mit behördlicher Genehmigung festgestellt worden. Trotzden wurden Vereinssitzungen und Versammlungen zur Wahlagitation für Wehl benutzt. In der Kommissionsberatung traten Konservative und Nationalliberale der Anschauung entgegen, daß diese Tätigkeit als eine amtliche Beeinflussung zu betrachten sei.

Mit 6 gegen 5 Stimmen erklärt jedoch die Kommission diese Agitation als amtliche Wahlbeeinflussung. Die Freisinnigen waren gespalten, einer stimmte mit Nein, das andere Mitglied enthielt sich der Abstimmung, obgleich in der Kommission darauf hingewiesen worden war, daß früher die Freisinnigen im Reichstage die schärfsten Gegner der üblichen Kriegervereinsagitation waren.

Ferner wurde festgestellt, daß der Bundesvorsitzende der Kriegervereine für Nord-Hannover in der Generalversammlung dieser Vereine für Wehl agitiert und Reden gehalten hatte. Auch ein Flugblatt sei in dieser Versammlung verbreitet worden, das sich gegen Welfen und Sozialdemokraten und für den nationalliberalen Kandidaten aussprach. Die Kommission erklärte mit 8 gegen 4 Stimmen dies als eine unzulässige Agitation des Bundesvorsitzenden.

Die Berechnungen, welche die Referenten aufstellen sollen, werden bestimmt ergeben, daß ohne die Verstöße bei der Wahl nicht der Nationalliberale, sondern der Sozialdemokrat in Stichwahl mit dem Welfen gekommen wäre. Die Wahl müßte dann also für ungültig erklärt werden.

Die endgültige Entscheidung der Kommission wurde noch ausgesetzt.

Beamtenprivileg und geheime Wahl.

Als einen neuen Stein des Anstoßes bezeichnet in der „Saalezig." der Landtagsabgeordnete Delius-Halle, selbst Postbeamter von Beruf, das Wahlprivileg, das die Regierungsvorlage den Beamten einräumen will. Er sagt den Beamten, sie sollten sich bei dieser Einschätzung klar werden lassen, daß ihr Ansehen dadurch in keiner Weise gehoben wird:

„Ansehen und Achtung bei seinen Mitbürgern kann man nur erwerben, wenn man im Besitze der nötigen Charaktereigenschaften durch seine Tätigkeit zeigt, daß man das notwendige Maß von Bildung, ganz gleich, wie und wo dasselbe erworben ist, und gereifte Lebenserfahrung besitzt. Diese letztere Eigenschaft insbesondere kann nicht durch irgendeinen Berechtigungsschein erworben werden, sie wird nur erlangt in der Schule des Lebens. Und da sollte man meinen, müßte sie in den sogenannten freien Berufen mindestens ebenso häufig anzutreten sein. Deshalb ist es für mich ganz klar, daß auch die andern Parteien dieses sogenannte Bildungsprivileg ablehnen werden. Die Beamtenschaft kann sich nur gratulieren, wenn dieser neue Stein des Anstoßes möglichst schnell beseitigt wird. Das so dringend notwendige gute Einvernehmen zwischen Festbesoldeten und freien Erwerbsständen kann dadurch nur gewinnen. Das Privileg würde eine neue künstliche Schranke sehr zum Schaden unseres Vaterlandes aufrichten."

Im weiteren spricht der Abgeordnete Delius sich auch entschieden für die geheime Wahl aus, besonders im Interesse des gewerblichen Mittelstandes. Er schreibt: „Man braucht nur die Wählerlisten bei einer öffentlichen Wahl durchzusehen und wird finden, daß der Prozentsatz der Nichtwähler gerade unter den Geschäftsleuten besonders groß ist. Und doch leuchtet diese traurige Tatsache ohne weiteres ein. Man braucht sich ja nur der Berliner Landtagswahlen zu erinnern mit dem von sozialdemokratischer Seite ausgeübten Terror. Hier zeigte sich der Terrorismus von unten, während wir in zahlreichen anderen Fällen ihn von oben haben. Es wird deshalb kein Mensch einem Geschäftsmanne verargen können, wenn er seine wirtschaftliche Existenz nicht leichtfertig aufs Spiel setzt. Ich behaupte: das öffentliche Abstimmungsverfahren hält weite Kreise des staatserhaltenden Mittelstandes von der Wahlurne und damit vom politischen Leben fern. Ein solcher Zustand kann unmöglich im wohlverstandenen Staatsinteresse liegen."

Das letztere ist durchaus richtig. Herr Delius gibt ja auch zu, daß der Terrorismus von oben in zahlreichen Fällen geübt werde. Aber der sozialdemokratische „Terrorismus" ist auch ihm besonders ein Dorn im Auge. Die Leutchen sollten aber eigentlich den Sozialdemokraten dankbar sein, daß sie ihnen endlich die Augen geöffnet haben. Jahrzehntelang hindurch ist von agrarischen Junkern und industriellen Scharfmachern der unerhörte Terrorismus bei den Wahlen geübt worden. Aber niemand sah ihn oder wollte ihn sehen. Als endlich Sozialdemokraten in der Notwehr dazu griffen, ihrerseits einen Druck bei den öffentlichen Wahlen auszuüben, da ging auf allen Seiten das Zetergeschrei los. Und nun will man die geheime Wahl haben. Daß man sich endlich dazu bekennt, ist gut. Und daß es den Sozialdemokraten nicht um den Terrorismus zu tun ist, beweisen sie dadurch, daß sie für die geheime Wahl mit aller Entschiedenheit eintreten. In Preußen-Deutschland müssen ja leider öffentliche Mißstände erst den Herrschenden selbst unbequem gemacht werden, ehe auf deren Abstellung zu rechnen ist. Die Konservativen scheren sich freilich den Teufel um einige Bedrängnis der städtischen Gewerbetreibenden. Ihnen ist ihr Terrorismus so wertvoll, daß sie auf keinen Fall die öffentliche Abstimmung aufgeben wollen. Daraus kann man ersehen, wo die wahren Terroristen sitzen.

Das Reichstagswahlrecht und die Freikonservativen.

Im preußischen Abgeordnetenhaus unternahm bei der Wahlrechtsdebatte der freikonservative Führer, Freiherr v. Zedlitz einen Vorstoß gegen das Reichstagswahlrecht, indem er gegen den Zentrumsredner Herold ausführte:

„. . . Daß das Reichstagswahlrecht seine großen Schattenseiten hat, und daß vielleicht die Stunde kommt, in der man vor die Frage gestellt wird, ob Reich oder Reichstagswahlrecht."

Zedlitz wurde wegen dieser offenkundigen Feindseligkeit gegen das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht ziemlich derb angefaßt, und da sich sein Parteigenosse Fürst Hatzfeld im Reichstage auch dahin ausgesprochen hatte, daß das Reichstagswahlrecht nur solange unangetastet bleiben solle, als nicht eine unerwünschte Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse im Reichstage zugunsten der Opposition dadurch herbeigeführt werde, unternimmt Freiherr v. Zedlitz jetzt im „Tag" (Nr. 45 vom 23. Februar) eine Rechtfertigung der freikonservativen Anschläge. Er schreibt:

„Bis einschließlich der Reichstagswahlen von 1903 hat die Sozialdemokratie von Wahl zu Wahl an Wahlstimmen rasch zugenommen. Die Unterbrechung dieses Siegeslaufs durch die Wahlen nach der letzten Reichstagsauflösung war vorübergehender Natur, die rote Welle, welche die Signatur aller Nachwahlen bei der Reichsfinanzreform ist, läßt erkennen, daß man jetzt mit einer noch stärkeren Vorwärtsbewegung der Sozialdemokratie zu rechnen hat, als selbst vor 1903. Hält die rote Hochflut an, so ist zu erwarten, daß nach den nächsten allgemeinen Wahlen die Sozialdemokraten in größerer Zahl in den Reichstag einziehen werden, als je zuvor. Geht diese Entwickelung weiter, so ist es sehr wahrscheinlich, daß Sozialdemokraten, Polen und Dänen der Mehrheit nahekommen. . . . selbst eine vorübergehende Mehrheit solcher Elemente im Reichstage wird eine ernste Gefahr für den sicheren Bestand des Reiches bedeuten. Der Moment, wo man vor die Wahl gestellt wäre, ob Reich oder Reichstagswahlrecht würde also gekommen sein, wenn die Sozialdemokratie so stark zugenommen hätte, daß mit der Möglichkeit einer sozialdemokratisch-polnischen Mehrheit gerechnet werden müßte . . . Dann wird man dem Beispiele Sachsens und Hamburgs folgen und das Reichstagswahlrecht so ändern, daß die Stimmen nicht mehr bloß gezählt, sondern auch gewogen werden. Wer glaubt, daß eine solche Änderung des Reichstagswahlrechts niemals vom Reichstage zu erlangen sein würde, übersieht die Erfahrungen, die in dieser Hinsicht zu machen waren. Diese sind durchaus auf das Wort gestimmt „Not lehrt beten". Nicht bloß Sachsen und Hamburg, sondern auch Rixdorf, Kiel und andere schleswig-holsteinische Städte lehren, daß man, wenn erst die sozialdemokratische Hochflut bis zum Mundestieg, unbeirrt durch Prinzipien und Parteiprogramme entschlossen nach dem Rettungsanker einer Wahlrechtsänderung greift, welche die sozialdemokratische Hochflut einzudämmen geeignet ist. Daß es eine solche Wendung im Reiche wesentlich erleichtern wird, wenn man in Preußen Konzessionen auf dem Gebiete des Wahlrechts in die Wagschale werfen kann, habe ich wiederholt im Abgeordnetenhause, wie in der Presse, dargelegt. Unter diesem Gesichtspunkte ist es vielleicht ganz nützlich, bei der jetzt schwebenden Wahlreform sich noch einige Reserven zu bewahren."

Zedlitz sieht ein, daß eine Änderung des Reichstagswahlrechts „dem Reiche gefährliche Krisen oder doch Erschütterungen" bringen werde, deshalb geht sein Rat an die, die den Wahlrechtsraub vermeiden und damit „gefährliche Krisen" vermeiden wollen, dahin, sich wie 1907 zu einem Anti-Sozialistenblock zusammenzuschließen.

Und wenn trotzdem die „sozialdemokratische Hochflut" steigt? Dann kommt eben der Wahlrechtsraub — wenn das Volk ihn sich gefallen läßt.

Frankreich.

Ein Klassenurteil. Der Antimilitarist Herve, Chefredakteur des Blattes „Gerone Sociale" wurde gestern vom Pariser Schwurgericht wegen Aufreizung gegen die öffentliche Gewalt einstimmig für schuldig erklärt. Es geschah das auf Grund eines Artikels, in dem er, nach der Meinung des Gerichts, die Tötung eines Polizeibeamten durch den Apachen Labeuf verherrlicht hatte. Das Urteil lautete auf **vier Jahre Gefängnis** und 1000 Francs Geldstrafe. Der mitangeklagte Herausgeber des Blattes, Raoul, wurde freigesprochen. Während der Sitzung kam es zu einem Zwischenfall. Als der Gerichtshof sich zur Beratung zurückzog, rief einer der Geschworenen dem lärmenden Teil des Publikums zu: „Macht, daß Ihr fortkommt, Ihr Tagediebe!" Nunmehr erneuerte sich der Tumult. Hervés Verteidiger wird wegen dieses Zurufs die Nichtigkeitserklärung anmelden. Der Präsident ließ schließlich wegen des Tumults den Saal räumen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 24. Februar.

Die Versammlung der Bürgerschaft, welche am Montag, dem 28. Februar 1910, abends 6 Uhr, stattfindet, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: I. Wahl der Kommission zur Vorprüfung des Senatsantrages, betr. Landgemeindeordnung. II. Mitteilungen des Senates. III. Anträge des Senates: 1. Gewährung einer Staatsbeihilfe von je 1000 Mk. für die nächsten fünf Jahre an den Hansischen Geschichtsverein. 2. Rückäußerung und wiederholter Antrag, betreffend den Erlaß eines Gesetzes, die Baufluchtlinien für den Schüsselbuden betreffend u. w. d. a. 3. Beteiligung des Staates an der zu erbauenden Eisenbahn Lübeck-Neustadt i. H. 4. Gewährung einer Vergütung für die Wahrnehmung der Geschäfte des Zivilvorsitzenden der Ersatzkommission. 5. Gewährung fernerer Zinsfreiheit auf 10 Jahre an die Israelitische Gemeinde für das ihr zum Synagogenbau gewährte Darlehn von 22 000 Mk. aus öffentlichen Mitteln. 6. Ausdehnung der Tätigkeit der Schleswig-Holsteinischen Landschaft auf das lübeckische Gebiet. 7. Erlaß eines zweiten Nachtrags zu der Verordnung vom 25. Januar 1904, betreffend die Erhebung einer Kurtaxe in Travemünde. 8. Verwaltung der Straßenbahn. 9. Beschaffung einer Glocke für die Kapelle auf dem Vorwerker Friedhof. 10. Änderungen der Bestimmungen über die Baugewerkschule. IV. Antrag von Heinr. Thiel: Die Bürgerschaft wolle beschließen, an den Senat das Ersuchen auf Einsetzung einer gemeinsamen Kommission zu richten zu dem Zweck, in eine Prüfung der Frage einer Reorganisation der Lübecker Verwaltungsbehörden zu treten und im Falle zweckentsprechende Vorschläge zu machen.

Bebels 70. Geburtstag hat auch der großen Mehrzahl der bürgerlichen Blätter Veranlassung zur Würdigung seines Wirkens gegeben, die je nach Parteirichtung mehr oder minder objektiv ausfiel. Unser Amtsblatt nahm natürlich von Bebels Geburtstag keine Notiz, wie ja auch nicht anders zu erwarten war. Um so komischer berührt es nun, wenn die „Lübeckischen Anzeigen" nachträglich in dem aus Hamburg bezogenen Blattenteile anerkennende Preßstimmen anderer Blätter über Bebel zum Abdrucke bringen, während sie selbst den Geburtstag totzuschweigen versuchten. Das Amtsblatt ist eben nationalliberal und wird auch — wie Figura wieder einmal zeigt — dementsprechend fabriziert.

Änderungen der Bestimmungen über die Baugewerbeschule. In der Versammlung des Bürgerausschusses vom 21. Juli vor. Js. hatte der Senat mittelst Dekretes vom 17. desl. Mts. die Anträge zur gutachtlichen Äußerung des Bürgerausschusses gestellt: I. daß unter Abänderung des Rat- und Bürgerschlusses vom 21. September 1896 1. der Unterricht an der Baugewerkschule in 5 Klassen stattfindet, neben denen, soweit erforderlich, Parallelklassen zu bilden sind; 2. die Pflichtstundenzahl der an der Baugewerk-

schule festangestellten Oberlehrer und Baugewerkschullehrer im Durchschnitt auf 25 festgesetzt wird, indem sie im Sommer bis zu 20, im Winter bis zu 30 Stunden bestimmt werden kann; 3. das im voraus zu entrichtende Schulgeld halbjährlich für die vom Winterhalbjahr 1909/10 an neu eintretenden Schüler auf 100 Mk. und für nicht im lübeckischen Freistaate wohnhafte, hier nicht in Pension befindliche Schüler auf 120 Mk. festgesetzt wird; II. daß an der Baugewerkschule zum 1. Oktober 1909 2 Baugewerkschullehrer und zum 1. Oktober 1910 2 weitere Baugewerkschullehrer mit einem Gehalte von 3500 Mk., steigend bis 4800 Mk., angestellt werden und daß der für das laufende Rechnungsjahr erforderliche Betrag von 3500 Mk. auf Abschnitt XVI der Ausgaben des Voranschlages für 1909 angewiesen werde. Nachdem die zur Vorprüfung dieser Anträge eingesetzte Kommission die Ablehnung derselben befürwortet hatte, bei der Verhandlung dieses Gegenstandes aber die Vorlage zur nochmaligen Vorprüfung an eine neue Kommission verwiesen war, hat diese Kommission unter dem 31. v. Mts. berichtet. Die Kommission beantragt: Der Bürgerausschuß wolle sich gutachtlich für die Mitgenehmigung der Senatsvorlage ererklären, wiewohl mit folgenden Abänderungen: I. daß die Ziffer I, 3 wie folgt gefaßt werde: 3. das im voraus zu entrichtende Schulgeld halbjährlich für die vom Sommerhalbjahr 1910 an neueintretenden Schüler auf 100 Mk. und für diejenigen Schüler, welche weder in Lübeck ihren ständigen Wohnsitz haben, noch in Lübeck Einkommensteuer zahlen, auf 120 Mk. festgesetzt wird, 2. daß die Ziffer II wie folgt gefaßt werde: daß an der Baugewerkschule zum 1. April 1910 zwei Baugewerkschullehrer, und zum 1. Oktober 1910 zwei weitere Baugewerkschullehrer mit einem Gehalte von 3500 Mk., steigend bis 4800 Mk. angestellt werden. In der Einzelberatung beantragte Coleman, die Ziffer I, 3 folgendermaßen abzuändern: 3. das im voraus zu entrichtende Schulgeld halbjährlich für die vom Sommerhalbjahr 1910 an neueintretenden Schüler auf 100 Mk. und für diejenigen Schüler, welche in Lübeck keinen ständigen Wohnsitz haben, auf 120 Mk. festgesetzt wird. Die Ziffer I, 3 wurde in der von Coleman beantragten Fassung angenommen. Die Ziffer II wurde in der von der Kommission beantragten Fassung angenommen. Mit diesen Abänderungen befürwortete gestern der Bürgerausschuß die Senatsvorlage zur Mitgenehmigung seitens der Bürgerschaft.

Radfahrwege. Der Bürgerausschuß beschäftigte sich gestern mit einem Senatsantrage, der verlangt, daß die Baudeputation ermächtigt werde, aus den im Rechnungsjahre 1910 für die Herstellung von Radfahrwegen zur Verfügung stehenden Mitteln folgende Arbeiten auszuführen: 1. Die Abgrenzung eines 2,0 Meter breiten Radfahrweges auf dem südwestseitigen Sommerweg der Ratzeburger Allee mittelst Bordsteinen und Rinnen auf der Strecke von der Kastanien-Allee bis zur Heilanstalt Strecknitz (5087,50 Mk.); 2. die Anlage eines 2,0 Meter breiten Radfahrweges an der Südseite der Brandenbaumer Chaussee vom Ende des vorhandenen Radfahrweges gegenüber der Marlikaserne bis zur Landesgrenze (16400 Mk.); 3. die Unterhaltung der Radfahrwege (4362,50 Mk.). Der Bürgerausschuß erklärte sich gutachtlich für die Mitgenehmigung der Vorlage durch die Bürgerschaft.

Jahresbericht der Zahlstelle Lübeck des Verbandes der Mühlenarbeiter. Das Jahr 1909 brachte für unsere Zahlstelle in bezug auf Hebung der wirtschaftlichen Lage, als auch in organisatorischer Hinsicht keine wesentlichen Veränderungen. Trotz der erhöhten Steuern, mit welchen wir im vergangenen Herbst bedacht worden sind, konnte die Kampfeslust zu neuen Lohnbewegungen nicht erweckt werden, obwohl die Verhältnisse hier am Orte in mancher Beziehung noch sehr der Aufbesserung bedürfen. Denn Wochenlöhne von 22—25 Mk., wie sie hier durchschnittlich (mit Ausnahme der Genossenschaftsmühle, die seit vergangenem Herbst bei einer täglich 8stündigen Arbeitszeit 29,50 Mk. zahlt) bezahlt werden, sind doch sicherlich bei den jetzigen teuren Zeiten keine auskömmlichen zu nennen, die uns berechtigen, die Hände jetzt in den Schoß zu legen. Es wurde deshalb auch der Wunsch laut, das Versäumte in diesem Jahre nachzuholen. Leider fehlte es im verflossenen Jahre auch nicht an betrübenden Ereignissen: zwei Kollegen, langjährige Mitglieder unserer Zahlstelle, wurden uns durch den unerbittlichen Tod entrissen; und ein auf dem Landgebiet beschäftigter Kollege verlor durch einen Betriebsunfall die linke Hand. Ein denkwürdiger Tag war der 17. November, an welchem vor 20 Jahren die Lübecker Zahlstelle gegründet wurde. Wenn auch die Mitgliederzahl verhältnismäßig nur klein geblieben ist, infolge der hier nur wenig vorhandenen Mühlen, so war doch schon von vornherein immer ein guter Stamm vorhanden, der auch fernerhin zu Hoffnungen berechtigt, falls hier die Mühlenindustrie sich zum Großbetrieb entwickeln sollte. Zur Erinnerung dieses Tages wurde ein Kommers abgehalten. Die Verwaltungsgeschäfte wurden in 7 Mitglieder-, 1 öffentlichen, 3 kombinierten Versammlungen (mit Bäckern und Schlachtern), ferner 7 Vorstands- und 6 kombinierten Sitzungen erledigt. In der öffentlichen Versammlung sprach Kollege Wolf-Leipzig über „Kapitalistische Produktion und die Gewerkschaftsbewegung"; sein Vortrag fand einen guten Anklang. Die Versammlungen waren durchweg nur mäßig besucht, hoffentlich wird es in diesem Jahre besser werden. Die Gesamteinnahme betrug 1346,20 Mark. Die Ausgaben verteilten sich auf folgende Posten: An Krankengeld 286,50 Mk., Arbeitslosenunterstützung 50,75 Mark, für Reiseunterstützung 7,50 Mk., Maßregelung 4 Mk. und Sterbegeld 50 Mk. Bar an die Hauptkasse 698,65 Mk. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme mit Kassenbestand von 311,52 Mk. und eine Ausgabe von 280,87 Mk., so daß am Jahresschluß ein Lokalkassenbestand von 30,65 Mk. verbleibt. Die Einnahme mit Kassenbestand der Privatkasse betrug 264,18 Mk., Ausgabe 104,50 Mk., bleibt somit ein Bestand von 159,68 Mk. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1909 53, am 1. Januar 1910 55. Unser Arbeitsnachweis wurde von 37 Kollegen frequentiert, und erhielten auch alle durch denselben Stellung. 14 von diesen in Arbeit tretenden Kollegen hatten es freilich noch nicht für nötig befunden, sich der Organisation anzuschließen, obgleich es durchweg schon ältere Kollegen waren, die doch eigentlich schon längst den Nutzen und Zweck derselben hätten einsehen müssen.

Ein zeitiger Frühling scheint uns in diesem Jahre zu werden. Zumeist bringt in hiesiger Gegend der Februar dauernd Kälte, Eis und Schnee. Meist hält auch die Winterwitterung bis über den offiziellen Beginn des Frühlings hinaus an. Heuer sieht es dagegen wirklich danach aus, als ob der Winter durchaus keinen Versuch machen will, dem herannahenden Lenz das Feld streitig zu machen; als ob mit des Winters Nacht auch dessen Kälte uns meiden und der kalendarische Beginn auch tatsächlich des Frühlings Einzug und Frühlingslieb und -lust uns bringen will. An Frühlingsboten fehlt es schon heute nicht. Die letzte Woche brachte schon vereinzelte Starenschwärme aus dem Süden zurück. Auch die Lerche ist schon eingetroffen. Die früh grünenden Weidenbüsche treiben schon kräftige Knospen. In den Gärten bilden sich jetzt schon an den Johannisbeersträuchen Blätter. Ob alle diese Anzeichen einer baldigen sonnigen Frühlingszeit nicht doch nur trügerisch sind, muß zwar, wie in anderen Jahren, auch jetzt noch abgewartet werden. Noch ist es nicht ausgeschlossen, daß der Winter seine harte Hand hernieder sausen läßt, ehe er sich endgültig verabschiedet. Doch größer und begründeter als die Furcht vor dem alternden Winter ist die Freude auf die nahende herrlichste aller Jahreszeiten.

pb. **Einbruchsdiebstahl.** In der verflossenen Nacht vom 23. zum 24. d. Mts. wurde in einem Verkaufsladen in der Bahnhofstraße ein Einbruchsdiebstahl ausgeführt. Der Dieb gelangte von dem Hofe aus, woselbst er eine Tür gewaltsam öffnete, in den Laden. Gestohlen wurde u. a. ein langer hellgrauer Gummimantel mit Hornknöpfen und einer Kette als Aufhängsel. Am Tatorte wurden zwei weiße Taschentücher mit grüner Seife vorgefunden. Das eine Taschentuch ist gezeichnet „T. K.", das andere mit rotem Garn „K. S." und mit weißem Garn „Zur Konfirmation".

Wahl. Von der Gemeindeversammlung in Dissau ist an Stelle des aus dem Gemeindevorstande ausgeschiedenen Altenteilers Wehde der Hufner G. Fr. Meyer zum Mitgliede des Gemeindevorstandes auf die gesetzliche Amtsdauer von 6 Jahren erwählt worden. Der Erwählte ist in genannter Eigenschaft obrigkeitlich bestätigt.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen, Freitag geht die Lustspiel-Novität „Das Konzert" von Hermann Bahr, vielseitigen Wünschen entsprechend, nochmals in Szene. — Am Sonnabend gelangt die Schauspiel-Novität „Strandkinder" von Hermann Sudermann zur nochmaligen Aufführung. — In Vorbereitung befindet sich Richard Wagners Musikdrama „Götterdämmerung".

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Morgen Freitag (Anfang ausnahmsweise 8 Uhr abends) gelangt Friedr. von Flotows romantische Oper „Martha" mit Herrn Erb als Lyonel zur Aufführung. — Am Sonntag, abends 7½ Uhr, geht Shakespeares Tragödie „Othello, der Mohr von Venedig" in Szene.

---

k. **Herrnburg.** Einen sehr schönen Verlauf nahm die am Dienstag abend vom Sozialdemokratischen Verein veranstaltete Feier zu Bebels 70. Geburtstag. Nachdem der Vorsitzende auf die Bedeutung des Tages hingewiesen, folgten Vorträge ernsten und heiteren Inhalts, sodaß alle Anwesenden hochbefriedigt auf diesen Abend zurückblicken können. Der unerwartet gute Besuch des Festes zeigt deutlich, welcher Achtung und Verehrung sich Genosse Bebel in weiten Volkskreisen erfreut. Beschlossen wurde, ein Glückwunschtelegramm von den „Verfassungslosen" an Genossen Bebel zu senden.

Moorgarten. Die öffentliche Volksversammlung in Heins Lokal war trotz der schlechten Wegeverhältnisse — ein Trupp der Anwesenden hatte in dem grundlosen Boden 1 bis 2 Stunden marschieren müssen — außerordentlich gut besucht. Genosse Bromme sprach über jenes wirtschaftspolitische Ereignis, das während des vergangenen Jahres das Reich von Grund aufgewühlt hat, über die Reichsfinanzreform und ihre Wirkungen. Die Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Im Schlußwort wies Genosse Bromme auf den neuen Landarbeiterverband hin und schilderte dessen Zweck und Ziele, sowie seine Bedeutung für die Gedrücktesten unter den Gedrückten, für die Landarbeiter, deren Zusammenschluß in einer festen Organisation eine Notwendigkeit sei, wenn sie ihre Lage verbessern wollen. Die Arbeiter bekundeten für den neuen Verband lebhaftes Interesse, sodaß die Gründung einer Zahlstelle bald perfekt werden dürfte.

Hamburg. Scharfe Militärjustiz. In der letzten Sitzung des Kriegsgerichts der 17. Division hatte sich der Musketier Ahrens von der 4. Kompagnie des Regiments „Hamburg" wegen einer Reihe Vergehen gegen die militärische Disziplin zu verantworten. Schon einmal hat gegen A. eine Verhandlung stattgefunden, die ausgesetzt wurde, da gegen die normale Geistesverfassung des A. Zweifel erhoben wurden. Er sprang damals über die Barriere und benahm sich wie ein Rasender, so daß er durch sechs Soldaten abgeführt werden mußte. Der Angeklagte, von Beruf Ewerführer, ist im vorigen Herbst als unsicherer Heerespflichtiger eingezogen und ist wiederholt wegen Roheitsdelikte bestraft worden. Die Hände des Mannes stecken in einer eisernen Acht, als er, bewacht von einigen Soldaten, vorgeführt wird. Der Vorsitzende meinte, man könnte ihm die Fessel abnehmen. Der Ankläger widerspricht und bezeichnete den Angeklagten als einen äußerst gefährlichen Menschen, zu dessen eigenem Schutz, um ihn vor weiteren Straftaten abzuhalten, sich die Fesselung rechtfertige. Oberstabsarzt Dr. Brill vertritt die gleiche Ansicht. Während dieser Auseinandersetzung schnaubte der Angeklagte wie ein wildes Tier und verweigerte jede Antwort. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Schwenk-Altona, macht das Gericht auf das hochgerötete Gesicht des Angeklagten aufmerksam. Vielleicht sei dessen Halsbinde zu eng. Als ein Sergeant den Auftrag erhielt, dem A. die Halsbinde zu lockern, wird er von diesem wie von einer Wildkatze angefaucht. Man führte die Mutter des Angeklagten herein, weil man glaubte, daß sich in ihrer Anwesenheit der Gemütszustand ihres Sohnes beruhigen werde. Als die alte Frau erzählte, ihr Sohn sei sonst sehr gut, er sei aber in schlechte Gesellschaft geraten, sprang A. auf und rief seiner Mutter zu: „Ruhig, Mutter, das regt mich auf!" — Zu der Verhandlung sind 36 Zeugen geladen. Dem Angeklagten werden folgende unkluge Dinge zur Last gelegt: Am 6. Dezember 1909 wurde er einem Rekrutengefreiten zur Ausbildung überwiesen, dessen Kommandos er verhöhnt haben soll, indem er sagte: „Das mache ich nicht, das habe ich schon früher gekonnt. Du kannst mir überhaupt nichts beibringen. Geh' zum Leutnant und melde mich." Da mit A. nichts aufzustellen war und er sich völlig passiv verhielt, geriet er in Haft. In der Arrestanstalt trieb er tolle Sachen. In der Lübecker Arrestanstalt, wo man ihn auf seine psychische Verfassung untersuchte, rannte er eines Tags im bloßen Hemde auf den Korridor, stieß einen Major beiseite und versetzte einem Arrestaufseher (Unteroffizier) einen Schlag auf die Hand, worauf er brüllend umherlief. Um ihn zu „beruhigen", wurde er gefesselt und nach einer Stunde gefragt: „Wollen Sie nun ruhig sein?" Der Angeklagte verneinte dies. Ferner soll er mit vollen Suppenschüsseln nach Soldaten geworfen und anderen Unfug getrieben haben. Die Sachverständigen halten den Angeklagten für geistig zurechnungsfähig, den wilden Mann mime er nur. Auf Grund dieser Bekundungen beantragte der Ankläger 2½ Jahre Gefängnis. Das Kriegsgericht erkennt aber mit Rücksicht auf die gefährdete Disziplin auf eine Gefängnisstrafe von vier Jahren. — Selbst wenn A. wirklich Simulant wäre, was uns noch keineswegs zweifelsfrei erwiesen scheint, wird doch durch seine Dummheiten die Disziplin nicht dermaßen erschüttert sein, daß unbedingt auf ein derartig horrendes Strafmaß erkannt werden mußte.

Hamburg. über den im Bau befindlichen Hamburger Elbtunnel wird berichtet: Noch einige Wochen und die eine Hälfte der Doppeltunnelanlage ist soweit fertig, daß man unter dem Elbstrom hindurch von einem Ufer zum andern gelangen kann. Allerdings trifft dies für den allgemeinen Verkehr noch nicht zu, da die Arbeiten an der innern Einrichtung noch erhebliche Zeit erfordern werden, aber der Weg liegt dann frei. Die Vortriebsarbeiten in dem zuerst in Angriff genommenen Osttunnel sind jetzt soweit gediehen, daß nur noch eine Erdschicht von 2,50 Metern zwischen dem Vortriebsschild und der Außenwandung des Einfahrtsschachtes bei den St. Pauli-Landungsbrücken vorhanden ist. Die Vortriebsarbeiten ruhen in diesem Tunnel nun seit dem 4. Februar, da noch außer der bereits auf 150 Meter eingebauten Schleuse zum Ablassen der Preßluft eine zweite Schleuse eingebaut werden muß, um den auf dem Vortriebsschild ruhenden Preßluftdruck herabmindern zu können. In den ersten Tagen des März soll die Wand des Einsteigschachtes auf St. Pauli durchschlagen und die letzte den Durchgang noch sperrende Erdschicht beseitigt werden. Dann ist der erste Tunnelweg zwischen den beiden Elbufern im Rohbau fertig. Der Westtunnel ist bis auf etwa 330 Meter vorgetrieben.

Altona. Ein Strafverfahren wegen der Demonstrationen am Wahlrechtssonntag ist gegen den Genossen Kürbis eingeleitet. Er ist angeklagt, „einen Demonstrationszug, der die öffentliche Sicherheit auf das schwerste zu gefährden geeignet sei, formiert und angeführt zu haben". So wurde ihm Mittwoch nachmittag mitgeteilt. Die „Hamburger Nachrichten" konnten das aber schon in der Mittwoch morgen erscheinenden Nummer mitteilen. Denen ist also die Einleitung eines Strafverfahrens früher bekannt gewesen, als dem Angeklagten. Das läßt vermuten, daß die Einleitung dieses höchst merkwürdigen Verfahrens auf eine Denunziation zurückzuführen ist.

Neumünster. Die Polizeiaffäre nimmt den Verlauf, der in Preußen selbstverständlich ist. Natürlich werden nicht die Polizeibeamten angeklagt, die sich die gröbsten Ausschreitungen haben zuschulden kommen lassen, sondern — die von ihnen Mißhandelten! Nach der „Kieler Tagespost" sollen alle unter Anklage gestellt werden, die von der Polizei verwundet worden sind!! Also wohl auch der patriotische Arbeiter Grunwald, der Kämpfer von 1870, der 70 Jahre alte Arbeiter Brücken usw. So muß es kommen! Erst schlägt man harmlose Straßenpassanten zu Krüppeln und dann bringt man sie auf die Anklagebank. Das ist so ist der Gang der Justiz im preußischen „Rechtsstaate"! — Aber nicht nur die bedauernswerten Opfer der Polizeibrutalitäten will man anklagen, sondern auch die sozialdemokratischen Stadtverordneten Radloff, Fürs und Hohnsbehn, und zwar angeblich wegen Landfriedensbruchs und Aufruhrs! — Und um allem die Krone aufzusetzen, sollen die blutbefleckten Polizisten von der Stadtverwaltung für ihre Metzeleien noch belohnt werden!!! — Unwillkürlich fallen einem die Goetheschen Worte ein: „Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage!"

Kiel. Wegen Mordes und Kindesaussetzung hatte sich Dienstag vor dem hiesigen Schwurgericht die am 24. Mai 1877 geborene, wegen Betrugs mit einer Woche Gefängnis vorbestrafte Dienstmagd Ida Schnoor aus Hollenbek zu verantworten, die beschuldigt wird, am 17. September 1909 ihren elf Monate alten unehelichen Sohn bei Bönsbüttel vorsätzlich getötet und am 14. November desselben Jahres ihre 14 Tage alte Tochter zwischen Neumünster und der Tungendorfer Mühle ausgesetzt zu haben. Wie die geständige Angeklagte angibt, war der Vater des ermordeten Sohnes der Musketier Fürst, der sich bereit erklärt hatte, jährlich 180 Mk. Alimente zu zahlen und der unehelichen Mutter auch ein Sparkassenbuch über 150 Mk. gegeben hatte. Für die Pflege des Kindes hatte die Angeklagte monatlich 18 Mk. zu zahlen, verdiente selber 270 Mk. jährlich. Am 1. September v. J. wurde sie von ihrer Dienstherrschaft entlassen und erhielt damals 80 Mk. rückständigen Lohn, holte am 17. September das Kind von den Pflegeeltern ab, ließ sich das dort schon zu viel gezahlte Pflegegeld zurückgeben, behauptete, das Kind zu Fürsts Eltern bringen zu wollen und packte mit seinem Zeug auch ein Messer ein. In der Voruntersuchung hat die Angeklagte die Absicht, das Kind zu töten, zugegeben, behauptet aber heute, sie habe es nur dann töten wollen, wenn Fürsts Eltern es nicht aufnehmen würden. Dort hat sie aber gar nicht angefragt, ist nur vor das Haus der Eltern und dann gleich auf eine Koppel gegangen, wo sie dem Kind den Hals abschnitt und die Leiche nach einer halben Stunde unter einem Brombeerstrauch verbarg. Dann ging sie nach Neumünster, mietete sich dort unter dem Namen einer Frau Behrens ein, besuchte am 18. September nochmals den Tatort und ging später nach Kiel in die Frauenklinik, wo ihr zweites Kind, ein Mädchen, am 31. Oktober geboren wurde. Dort am 11. November entlassen, ging sie mit 2,20 Mk. im Portemonnaie zunächst zu ihrer Schwester in Kiel und traf dann mit 5 Pfennigen in Neumünster ein. In der Absicht, das Kind auszusetzen, legte die Angeklagte es am 14. November früh 7 Uhr in den Chausseegraben bei der Tungen-Mühle, wo es, als sie um 9 Uhr zurückkehrte, schon fort war. Auf dem Wege nach Kiel wurde sie vom Gendarmen verhaftet. Anfangs machte sie Ausflüchte und behauptete, den Sohn bei Fürsts Eltern nur ausgesetzt zu haben. Später war sie geständig. Wie die Untersuchung ergeben hat, hatte sie schon im Jahre 1908 ein Kind geboren, das bei ihren Eltern verpflegt wurde und später an Lungenentzündung gestorben ist. In der Verhandlung, zu der 22 Zeugen und Sachverständige geladen waren, wurde der Intellekt der Angeklagten als minderwertig hingestellt. Auf Antrag des Staatsanwalts verneinten daher die Geschworenen die Mordfrage, bejahten den Totschlag und die Aussetzung, worauf die Angeklagte zu 7½ Jahren Zuchthaus verurteilt wurde.

Bremen. Die Entlassung des Lehrers Holzmeyer, der in männlicher Weise für eine freie Volksschule und gegen die Zumutung ständiger Heuchelei eintrat, wird von der bürgerlichen Presse ohne nennenswerte Kritik einfach registriert. Man billigt also stillschweigend die unerhörte Maßregelung eines Mannes, dessen einziges Verbrechen die Förderung des Fortschrittes auf dem Gebiete des Schulwesens war. Abzuwarten bleibt, wie sich die Volksschullehrer zu der Angelegenheit stellen werden; ob sie den Streich ruhig hinnehmen werden oder nicht. — Bremer Lehrer gratulierten zu Bebels Geburtstag in folgendem Telegramm: Die aus Anlaß der Dienstentlassung des Genossen Lehrer Holzmeyer versammelten sozialdemokratischen Lehrer Bremens entbieten dem Führer des Proletariats zu seinem 70. Geburtstage ihren herzlichsten Glückwunsch und geben der Hoffnung Ausdruck, daß ihm noch ein recht langes Wirken im Dienste des Klassenkampfes beschieden sein möge. Die sozialdemokratischen Lehrer Bremens.

Oldenburg. Der Mörder Denker hat vor dem Untersuchungsrichter eingestanden, seinen Vater, seine Mutter und seinen Bruder ohne irgend welche Hilfe allein mit dem Beil erschlagen zu haben. Die Gerichtskommission nahm mit dem Verbrecher eine Besichtigung des Tatortes vor, wobei der junge Mensch wiederholt in heftiges Weinen ausbrach. Der Vater lag vor dem Bett, die Lage der Mutter ergab, daß sie sich aufrichten wollte, als ihr die Beilhiebe beigebracht wurden. Zwischen dem älteren Bruder und dem Mörder hat sich allen Anzeichen nach ein heftiger Kampf entsponnen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Hervorragend

billige Extra-Preise

für nachstehend näher verzeichnete Artikel.

Die Preise gelten nur für Freitag und Sonnabend.

Kleiderstoffe

Schwarze Cheviotstoffe . Meter 1^{45} u. 85 Pfg.
Farbige Cheviotstoffe . . Meter 1^{20} u. 1^{00} Mk.
Schwarze u. farb. Satintuche . . Meter 1^{25} Mk.
Gestr. u. gemust. Granitstoffe in den neuesten Frühjahrsfarben Mtr. 2 u. 1^{75} Mk.
Gestreifte Blusenstoffe . . Meter 1^{20} u. 95 Pfg.
Gestreifte Mohairs doppelt breit . . Meter 95 Pfg.

Damen-Konfektion

Blaue Frühjahrs-Paletots Mode 1910, aus reinw. Cheviot mit tiefgarniertem Revers . . . . . 14^{75} Mk.
Frühjahrs-Paletots 1910 aus imit. engl. Stoffen, in halblang u. lang, mit Moiréreveis u. Soutachierung . . . . . 9^{75} u. 7^{50} Mk
Hemdblusen aus neuesten Tennisstoffen 3^{50} 2^{75} Mk.
Elegante Blusen mit reich soutachiert. Passe 7^{50} Mk.
Ein Posten **Servierkleider** durchweg . . . . . 3^{95} Mk.
Unterröcke aus gestreift. imit. Wiener Leinen mit hohem Volant . . . . . 2^{45} Mk.

Damen-Wäsche

Taghemden aus Ia. Kretonne mit Stickerei, Hohlsaum und Languette . . . 1^{65} Mk.
Beinkleider Kniefasson mit Stickerei . . . . 1^{45} Mk.

Leinen- u. Baumwollwaren

Kleiderginghams neueste Muster . . Meter 48 Pfg.
Schürzenginghams 120 cm breit . . Meter 62 Pfg.
Els. Hemdentuche . . . . 10 Meter-Kupon 3^{25} Mk.
Linon-Taschentücher . . . . . ½ Dutzd. 65 Pfg.

Schuhwaren.

Ein Posten
Damen- und Herrenstiefel solides Fabrikat in verschiedenen Lederarten 6^{35} Mk.
Damen- und Herrenstiefel breite amerikanische und schlanke Formen . 7^{75} Mk.
Herren Goodyear-Welt-Stiefel mit und ohne Lackkappe . . . . . 8^{65} Mk.
Damen- und Herrenstiefel Original Goodyear-Welt Chevreaux und Boxcalf 12^{50} Mk.
Konfirmandenstiefel in solider Ausführung 5^{45} Mk.
Kinderstiefel breite bequeme Form in Boxleder und Chevrolin Gr. 25-26 3^{85} Mk. Gr. 27-30 4^{45} Mk. Gr. 31-35 4^{95} Mk.

Ein großer Posten

Damenstrümpfe

Serie I	Serie II	Serie III
schwarz, engl. lang, ohne Naht, mit Doppelspitze und Hochferse . . Paar	lederfg. u. diamant-schwarz, engl. lang, mit Doppelsohle u. verst. Hochferse Paar	Ringelmuster engl. lang
38 Pfg.	50 Pfg.	55 Pfg.

Herren-Socken Wolle plattiert . . 35 Pfg.

Diverse Artikel.

Gestickte Damen-Wäschekragen . . 60 48 Pfg.
Seidene Damenbinder . . . . . 28 Pfg.
Spachtel-Bäffchen . . . . . 48 35 Pfg.
Ein Posten **Damen-Glacee-Handschuhe** Ia. Qualität — kein Ausschuß — 1.50 und 1^{25} Mk.
Ein Posten **Tüll-Plainstoffe** . . . Meter 95 75 Pfg.
Ein Posten **farbige Tülle** mit Ranken u. Soutach. für Blusen u. Besatz Mtr. 1^{50} Mk.

Herren-Konfektion

Ein Posten **Herren-Anzüge** in Kammgarn, Cheviot und Fantasiestoffen
Serie I 14^{25} Wert bis 28.50 Serie II 21^{00} Wert bis 42.00 Serie III 29^{00} Wert bis 58.00
Ein Posten **Herren-Paletots u. Ulster** halbschwere und leichte Stoffe
Serie I 13^{25} Wert bis 27.50 Serie II 19^{50} Wert bis 39.00 Serie III 27^{00} Wert bis 54.00
Ein Posten **Herren-Beinkleider** Wert bis 12.50 Mk. . . . . 8^{75} 6^{50} 4^{95} Mk.
Konfirmanden-Anzüge schwarz und blau, in Cheviot und Kammgarn 27.00 12.50 9.75 7^{50} Mk.

Berufskleidung

Maschinisten-Jacken und -Hosen 1.60 1^{25} Mk.
Pilothosen gestreift und blau . . . . . 2.95 1^{95} Mk.
Maler- und Setzer-Kittel . . . . . 2.65 2^{25} Mk.
Weisse Jacken . . . . . 3.40 2.65 2^{10} Mk.
Schlachter-Jacken . . . . . 3.90 2^{10} Mk.
Diener-Jacken . . . . . 3.90 3.40 2^{10} Mk.
Arbeitswesten Zwirn, Pilot, Leder . . . . . 1^{25} Mk.
Gestreifte Männer-Kajen . . . . . Stück 1^{25} Mk.
Barchent-Hemden mit schrägem Latz Stück 1^{25} Mk.

Herren-Artikel

Ein Posten **Stehkragen** garantiert flach . . . . 25 Pfg.
Manschetten garantiert flach . . . . . 45 Pfg.
Ein Posten **Krawatten** breite elegante Selbstbinder . . . . . 95 u. 75 Pfg.
Farbige Garnituren Serviteur u. Manschetten 65 Pfg.
Gummi-Hosenträger Wert bis 1.50 85 u. 75 Pfg.
Ein Posten **Herren-Hüte** weiche Form . . . . . 95 Pfg.
Jachtklub-Mützen . . . . . 1^{25} Mk. u. 95 Pfg.

Ein grosser Posten **Kinder-Schürzen** für das Alter von 2 bis 8 Jahren, in entzückender Machart aus Ia. Gingham und imit. Wiener Leinen . . . . . **Riesig billiger Gelegenheitskauf.** Wert bis 1^{80} Mk. Serie I 95 Pfg. Serie II 1^{25} Mk.

Haushalts-Artikel

Ein Posten **Speiseservice,** creme mit ovaler Terrine, 23teilig . . 4^{65} Mk.
Ein Posten **Speiseservice,** Porzellan m. Goldrand, Feston, 23teilig 13^{25} Mk.
Ein Posten **Kaffeeservice,** Porzellan, reich dekoriert . . . . . 2^{65} Mk.

Speiseteller, tief u. flach . .	7 Pfg.	Blumenkübel, Majolika . .	98 Pfg.
Vorratstonnen, div. Muster .	18 „	Emaille-Eimer, grau, 28 cm	85 „
Gewürztonnen, div. Muster	5 „	Milchtöpfe, 6 Stck. im Satz	85 „
Tassen, Porzellan m. Goldr.	18 „	Eierservice, 6 Becher u. Tabl.	110 „
Milchtöpfe, weiss 25, 18, 10,	6 „	Goldrandbecher, ¼ u. 0,2 Ltr.	8 „
Service-Kaffeekannen . . .	85 „	Glasteller, versch. Muster .	4 „

Ein Posten **Komposit. Kronen-Kerzen** Paket 6 und 8 Stück 55 Pfg.
Ein Posten **Bauerntische** . . . . . 2^{25} Mk.
Ein Posten **Paneelbretter,** extra stark mit Goldverzierung . . . . 1^{15} Mk.

Lebensmittel hervorragend preiswert

Gemischte Marmelade, in 5-Pfd.-Eimern 1^{15} Mk.
Mischhonig, 10-Pfd.-Topf oder -Eimer . . . . . 2^{85} Mk.
Kronsbeeren mit 50 Proz. Kristallzucker eingekocht, 5-Pfd.-Topf 1^{45} Mk.

Zucker, gemahlen . . Pfd.	24 Pfg.	Salz . . . . . Pfd.	9 Pfg.
Zucker, Würfel . . . „	26 „	Soda . . . . . 3 „	10 „
Kakao, garantiert rein „	95 „	Grüne Seife . . . . „	21 „
Schokolad.-Suppenmehl „	58 „	Russische Kernseife . „	34 „
Hansa-Backmehl, 3 Pakete	88 „	Reis-Stärke . . . . . „	30 „
Erbswurst m. Schink. ½ Pfd.	28 „	Kaiserblau . . . Paket 7 u.	4 „

Ein Posten **Weiß- u. Rot-Kohl,** große, feste Köpfe . . . Stück 10 Pfg.
Backobst, gut sortiert . . . . . Pfund 38 Pfg.
Echt Magdeburger Sauerkohl . . . . . 3 Pfd. 20 Pfg.

Holstenhaus G. m. b. H. Holstenstr. Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 46. Donnerstag, den 24. Februar 1910. 17. Jahrg.

Auf dem Wege zur Parteieinheit.

Das Zentralkomitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands hat auf seiner letzten Plenarsitzung eine Reihe von Beschlüssen angenommen, die einen wesentlichen Umschwung in den inneren Parteiverhältnissen bedeuten und geeignet sind, die Konsolidation der Partei und ihre Schlagkraft bedeutend zu fördern. Vor allem sind es die einstimmig angenommenen Resolutionen über die Situation in der Partei und die Fraktionszentren und die Beseitigung der Spaltung in den ausländischen Gruppen, die die Abschwächung der fraktionellen Gegensätze in der Partei charakterisieren. Die Resolution über die Fraktionszentren lautet: „In Anbetracht der Annahme einer Reihe von Beschlüssen, die auf die Herstellung der faktischen Einheit in der Partei gerichtet sind, und der Deklaration der Genossen von den Bolschewicks, die ihr Organisationszentrum auflösen und die Herausgabe ihres Organs „Der Proletarier" einstellen, drückt das Zentralkomitee die vollste Zuversicht aus, daß die Redaktion des Zentralorgans („Der Sozialdemokrat"), indem sie den vom Zentralkomitee einstimmig angenommenen Beschluß durchführt, den Zusammenschluß aller literarischen Kräfte ohne Unterschied der Richtung fördern wird, und spricht zugleich die Überzeugung aus, daß die Interessen der Partei und der Parteieinheit die Schließung der (menschewistischen) Zeitung „Golos Sozialdemokrats" in der nächsten Zukunft erfordern. Im Einklang damit wendet sich das Zentralkomitee an die menschewistischen Mitglieder des Zentralkomitees und des Zentralorgans mit dem Antrag, alle Bemühungen anzuwenden, um dieses Ziel durch Einwirkung auf ihre nächsten Gesinnungsgenossen zu erreichen."

Die Resolution über die Spaltung in den ausländischen Parteigruppen lautet: „Das Zentralkomitee betrachtet es als die nächste Aufgabe des Auslandsbureaus des Zentralkomitees, die Spaltung zwischen den Gruppen im Auslande zu beseitigen und die Vereinigung der letzteren mit den nationalen sozialdemokratischen Gruppen durchzuführen."

Von großer Wichtigkeit für die Partei sind die Beschlüsse, die die Einberufung einer allrussischen Parteikonferenz und das Statut des Zentralkomitees regeln. Da seit dem letzten Parteikongreß in London (Mai 1907) kein Kongreß einberufen werden konnte und auch jetzt nicht einberufen werden kann, da ferner die alljährlich stattfindenden Konferenzen keinen genügenden Ersatz für einen Kongreß bieten, stand das Zentralkomitee vor der schwierigen Aufgabe, vorläufig — bis die Einberufung eines Kongresses möglich sein wird — ein Organ zu schaffen, das imstande wäre, alle vorhandenen Kräfte der Partei zu sammeln und den Wiederaufbau der Partei zu beschleunigen. Einen solchen Ausweg fand das Zentralkomitee in der Einberufung einer allrussischen Konferenz, zu der auch auf der gleichen Basis mit den illegalen Parteiorganisationen die sozialdemokratischen Gruppen in der legalen Arbeiterbewegung herangezogen werden sollen, die bereit sind, ein festes organisatorisches Band mit den örtlichen Parteizentren herzustellen. Indem das Zentralkomitee diesen Delegierten nur eine beratende Stimme einräumt, überläßt es die definitive Entscheidung dieser Frage der Konferenz selbst. Endlich empfiehlt es den lokalen und Gauorganisationen, zur erfolgreichen Vorbereitung der nächsten allrussischen Konferenz und im Interesse des Zusammenschlusses aller Sozialdemokraten, die auf verschiedenen Gebieten der Arbeiterbewegung tätig sind, örtliche und Gaukonferenzen einzuberufen, an denen neben den Vertretern der illegalen Parteiorganisationen die Genossen teilnehmen sollen, die in der legalen Arbeiterbewegung tätig sind.

Das Statut des Zentralkomitees wurde in der Weise geändert, daß nur das Kollegium der in Rußland wirkenden Mitglieder des Zentralkomitees alle Rechte des Zentralkomitees genießt. Von sonstigen Beschlüssen sind noch hervorzuheben: der Beschluß über das Zentralorgan, über die Arbeiterzeitung „Prawda" und über die Gruppe „Wpered" (in welcher sich die boykottistische Richtung in der Partei — die sogenannten Otjowisten und Ultimatisten — zusammengeschlossen hat).

Obgleich es auch jetzt nicht gelungen ist, alle vorhandenen Richtungen in der Partei zu einem geschlossenen Ganzen zu vereinigen — die erzielte Verständigung zwischen den Fraktionen erstreckt sich nicht auf die obenerwähnte Gruppe „Wpered" — so hat doch das Gros der Partei durch die Vertreter der beiden wichtigsten Fraktionen und der nationalen sozialdem. Organisationen im Zentralkomitee den Weg gewiesen, auf welchem sich die Partei trotz der Meinungsverschiedenheiten zwischen den Fraktionen, die Einheit der Aktion wird sichern können.

Aus dem Reichsversicherungsamt.

Der Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes für das Jahr 1909 ist soeben dem Reichstag zugegangen. In der Abteilung für Unfallversicherung wurden 29 Sitzungen und 1129 mündliche Verhandlungen, mehr als im Vorjahre, abgehalten und 960 Rekurse mehr erledigt. Es sind beim Reichsversicherungsamt zahlreiche Vereinfachungen und Erleichterungen im Geschäftsverkehr eingeführt, die sowohl zur Förderung der Arbeit, wie zur Verbilligung des Betriebes wesentlich beitragen. Dem Geschäftsbericht ist folgendes zu entnehmen:

„Über 27,1 Millionen Personen waren gegen Unfall versichert. Nach vorläufigen Ermittelungen wurden im Jahre 1909 658 876 Unfälle gemeldet und 136 441 erstmalig entschädigt, sowie an Entschädigungen 162 249 432 Mark gezahlt.

Im Jahre 1909 hat das Reichsversicherungsamt 2690 Katasterbeschwerden, 672 Gefahrentarifbeschwerden, 704 Beitragsbeschwerden, 383 Prämienbeschwerden und 2006 Strafbeschwerden bearbeitet und 139 Beschwerden aus § 29 des Bau-Unfallversicherungsgesetzes (Haftbarmachung des Bauherrn usw. für die zu zahlenden Prämien) erledigt.

Von den genehmigten Unfallverhütungsvorschriften sind diejenigen der Knappschaftsberufsgenossenschaft für ihre den Bergbehörden nicht unterstehenden Betriebe von besonderer Bedeutung. Nunmehr sind alle gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften im Besitz von Unfallverhütungsvorschriften.

Im Jahre 1908 haben gewerbliche Berufsgenossenschaften in 3039 Fällen das Heilverfahren während der ersten 13 Wochen nach dem Unfall übernommen.

Die Träger der Unfallversicherung haben im Jahre 1909 422 076 Bescheide erlassen. Bei den 124 Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung sind 76 352 Berufungen und außerdem 39 315 Anträge auf anderweite Feststellung der Rente anhängig geworden.

Das Reichs-Versicherungsamt hatte 37 984 Rekurse gegen Schiedsgerichtsurteile und Anträge auf Feststellung der entschädigungspflichtigen Versicherungsträger zu bearbeiten, darunter 12 459 aus den Vorjahren. Die Zahl der neueingelegten Rekurse und Anträge (25 475) ist gegen das Vorjahr (22 794) wiederum erheblich gestiegen. Von den 37 512 (1908: 32 696) Rekursen wurden insgesamt 22 378 (1908: 20 418) erledigt, und zwar 20 020 (1908: 18 665) durch Urteil, 1167 (1908: 1035) durch Beschluß (als unzulässig, verspätet oder offenbar ungerechtfertigt) und 1191 (1908: 718) in anderer Weise (durch Zurücknahme, Vergleich usw.). In 5006 von 20 020 Urteilen, d. i. in 27,8 v. H. (1908: 25,9 v. H.), sind die Schiedsgerichtsentscheidungen völlig oder teilweise abgeändert worden. Die Rekurse der Versicherten hatten in 16,7 (1908: 17,1) v. H., die der Versicherungsträger in 52,2 (1908: 50,0) v. H. Erfolg.

Auf dem Gebiete der Invalidenversicherung sind seit ihrem Bestehen bis zum Schlusse des Jahres 1909 insgesamt 2 382 711 Invaliden-, Kranken- und Altersrenten bewilligt worden, von denen am 1. Januar 1910 noch 1 014 449 liefen. In 2 406 312 Fällen sind die Beiträge erstattet worden. Im Jahre 1909 sind nach einer vorläufigen Schätzung etwa 190 Millionen Mark Renten gezahlt worden. Die Gesamteinnahme der Versicherungsträger aus Beiträgen belief sich auf etwa 187 Millionen Mark, wovon 172 150 468 Mark auf die durch die Post verkauften Beitragsmarken entfielen; hierzu kamen die Zinsen des Vermögens, das am Schlusse des Jahres 1909 etwa 1575 Millionen Mark betrug.

Im Jahre 1909 wurden im ganzen 2828 Personen, darunter 718 unheilbare Lungentuberkulöse, in Invalidenhäusern, Siechen-, Krankenhäusern usw. verpflegt. 9 Versicherungsanstalten besitzen eigene Invalidenhäuser. Ein weiteres Invalidenhaus ist im Bau begriffen.

Zu gemeinnützigen Zwecken sind aus den Vermögensbeständen der Versicherungsanstalten und den zugelassenen besonderen Kasseneinrichtungen bis zum 31. Dezember 1909 leihweise hergegeben worden:

1. für den Bau von Arbeiterwohnungen usw.	280 517 984 Mk.
2. zur Befriedigung des landwirtschaftlichen Kreditbedürfnisses	102 872 137 Mk.
3. für den Bau von Kranken- und Genesungshäusern, sowie für andere Wohlfahrtseinrichtungen	389 491 201 Mk.
Zusammen	772 881 322 Mk.

Für die Einrichtung eigener Kranken-, Genesungs-, Invalidenhäuser usw. hatten die Versicherungsträger bis zum Schlusse des Berichtsjahres 56 448 292 Mk. ausgegeben. Die Hergabe von Anstaltsmitteln auf Erbbaurecht über die Mündelsicherheit hinaus hat das Reichs-Versicherungsamt im Jahre 1909 in vier Fällen genehmigt.

Die Versicherungsanstalten haben im Jahre 1909 189 414 berufungsfähige Bescheide über Renteanträge und 197 313 beschwerdefähige Bescheide über Ansprüche auf Beitragserstattung erlassen.

Steigende Krankheitsziffern bei den Bergarbeitern.

Der Bochumer Knappschaftsverein, dem über 350 000 Mitglieder angehören, weist in einem Rundschreiben an die Knappschaftsältesten darauf hin, daß die Ausgaben für Krankengeld in den ersten drei Quartalen des Jahres 1909 sich um beinahe 1½ Millionen Mark gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 1908 vermehrt haben; sie betragen ca. 7½ Millionen Mark. Diese enorme Steigerung — so sagt das Rundschreiben — läßt sich da besondere, ungünstige gesundheitliche Verhältnisse nicht vorliegen, nur dadurch erklären, daß Kassenleistungen von Leuten in Anspruch genommen werden, bei denen Erwerbsunfähigkeit nicht vorliegt. Zur Behebung dieses Mißstandes wird dann eine strengere Krankenkontrolle angeordnet.

Mehr sozialer Unverstand läßt sich von einer Krankenkassenverwaltung wohl nicht erwarten. Abgesehen davon, daß viele Ärzte auf dem Standpunkt stehen, der Arbeiter komme meist überhaupt zu spät in ärztliche Behandlung, weil, wenn er nicht gänzlich arbeitsunfähig ist, es ihm widerstrebe, untätig zu sein, ist die Simulation bei dem heutigen Stande der Medizinwissenschaft und dem Vertrauensarztsystem der Krankenkassen überhaupt sehr schwer. Sollten wirklich einmal einige Simulanten — die es nicht nur bei den Berg-

Arbeiter.

Roman von Alexander L. Kielland.
Autorisierte Übersetzung aus dem Norwegischen von Kapitän C. von Sarauw.

(22. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Aber Christine stand ganz bleich mit geballten Händen da; nun begann sie zu verstehen. Das war's, dessen man sie beschuldigte, daß sie die Söhne des Hauses an sich lockte. Es war die größte Schande, die sie sich denken konnte: Mannespersonen an sich zu locken; und „besonders Johann" hatte das Fräulein gesagt, den Doktor, des Ministers ältesten Sohn! Und das sollte sie getan haben.

„Ich will nach Hause — Onkel Andreas."

„So würde es aussehen, als ob sie recht hätten," erwiderte er ruhig.

„Weißt auch Du davon?" rief Christine, „was habe ich denn aber getan?"

„Du hast Gottlob nichts getan, liebe Christine, und Du sollst Dich nicht fürchten. Ich werde schon auf Dich acht geben. Das habe ich auch dem Minister gesagt."

„Dem Minister? Er weiß es also auch? Ich will nach Hause; laß mich nach Hause kommen, Onkel —" bat Christine flehentlich.

„Ich fürchte, Dein Vater könnte meinen, es sei nicht hübsch, daß Du aus diesem Grunde zurückkämest," sagte Onkel Andreas.

„Aus diesem Grunde —" wiederholte Christine für sich; die Winke und Warnungen des Altermannes fielen ihr ein, ihre Gedanken verwirrten sich, sie fühlte sich ganz hilflos.

„Was soll ich denn aber tun?" stieß sie hervor und legte die Hände ineinander.

„Du sollst Dich nicht ängstigen, Christine! Ich werde Dich schon gegen den Minister und die gnädige Frau zu verteidigen wissen, und wenn Dich jemand beleidigt oder Dir zu nahe tritt, so komm Du nur zu mir," bei diesen Worten richtete sich der Onkel Andreas in die Höhe, nahm ihre Hand und drückte sie fest.

Dies beruhigte sie. Es war doch gut, daß sie sich auf Onkel Andreas verlassen konnte; vor allen anderen hatte sie Furcht und sie beschloß, sie sich alle in gehöriger Entfernung zu halten.

Christine nahm wieder den Brief des Altermanns vor und machte sich daran, ihn zu beantworten; sie wollte nicht, daß die dort in der Heimat ahnen sollten, wie es mit ihr stände.

„Lieber Vater und Lotsen-Altermann! Meine Gedanken sind fast immer bei Euch; aber wenn ich mich auch oftmals herzlich und wehmütig sehne, so muß ich doch immer Gott danken, daß es mir so gut geht an Körper und Seele. Erst muß ich erzählen, daß der Onkel sagt, jetzt werde es sich mit der Sache bessern; er will selbst nächster Tage schreiben, aber er ist so beschäftigt, und er sagt, er strebe stark für Vaters Sache und es müßte noch mehr Geld herbeigeschafft werden, wenn es recht schnell damit gehen sollte. Aber alle sagen hier, daß Onkel Andreas der Gescheiteste ist im ganzen Ministerium, und er ist sehr nett gegen mich und mir geht es gut in allen Dingen.

Hier gibt es keine See, sondern ein gelbes Wasser, das übel riecht, und nicht wie die See daheim; aber schrecklich viele Schiffe sind da, und große Häuser aus Stein, und Bäume, die so hoch sind, daß ich nie etwas Ähnliches gesehen habe. Aber nun muß ich schließen mit einem herzlichen Gruß an meinen lieben Vater und den Lotsen-Altermann

von Deiner gehorsamen Tochter
Christine."

Hilda Bennechen hatte einige Freundinnen nachmittags zum Tee, obwohl sie wenig zum Gesellschaftgeben aufgelegt war. Sie war höchst unzufrieden darüber, daß sie ihre Besuche bei Christine hatte einstellen müssen: aber ihre Furcht vor der Mutter war so groß, daß sie vor ihr zitterte, wie ein kleines Mädchen, obgleich sie schon längst erwachsen war.

Von Kindheit an hatte sie gehört, daß sie mißglückt sei. Sie hatte sich daran gewöhnt, den Verdruß der Mutter über die Häßlichkeit der einzigen Tochter gewissermaßen als einen ihr selbst gemachten Vorwurf aufzufassen. Und daran trug das Benehmen der gnädigen Frau die meiste Schuld.

Denn die Frau Minister Bennechen, die selbst so hübsch war und namentlich so viel Gewicht auf ein nettes Äußere legte, konnte ungeduldig werden und sich bitter darüber beklagen, daß gerade sie die Strafe leiden mußte, einer solchen Tochter das Leben gegeben zu haben. Und manchmal, während Hilda heranwuchs, konnte es geschehen, daß die Mutter, wenn sie das Kind aufs beste herausgeputzt hatte, zuletzt alles wieder herunterriß und in Thränen ausbrechend rief: „Was hilft das alles? Du bist einmal mißglückt und wirst nie anders werden."

Die Thränen der Mutter brannten sich tief in Hildas weiches Gemüt ein. Und alles, was mit den Jahren mit ihr aufwachsen wollte, verkam in Mutlosigkeit, und sie faßte eine Scheu vor ihrer Mutter, daß sie sich fast nicht zu rühren wagte, wenn jene zugegen war.

Hilda war 23 Jahre alt. Im elterlichen Hause durfte sie keine Beschäftigung vornehmen, hielt man doch eine Hausmamsell; und im Gesellschaftsleben wurde sie wegen ihres unschönen Äußeren nur geduldet — stets den unzähligen, bitteren, kleinen Kränkungen ausgesetzt, welche reichlich für die Häßlichen und Unbedeutenden, die sich in die Ecke drücken, abfallen.

Ihre einzige Freude war eigentlich Johann; die beiden Mißglückten hielten zusammen. Einst hatte man ihr gestattet, an einem Lehrkursus zur Ausbildung von Gouvernanten teilzunehmen. Der Minister meinte, daß man bis zu einem gewissen Grade das Bestreben der Frauen, sich Kenntnisse zu verschaffen, unterstützen müsse; als sie aber durch angestrengten Fleiß — denn sie war nicht besonders begabt — sich zum Examen vorbereitet hatte, erhielt sie die Erlaubnis nicht, es ablegen zu dürfen; das schickte sich nicht für sie. Damit war die Sache vorbei.

Hilda Bennechen war weder glücklich, noch unglücklich. Ihr Leben war in der Tat durchaus flach — noch flacher als das Leben der Damen von ihrem Stande zu sein pflegt; denn über ihr Äußeres konnten die Meinungen nicht geteilt sein, sodaß ihr die kleinen Triumphe oder Niederlagen, die sonst der Jugend folgen, abgingen. Sie hatte ein für allemal eine Hauptniederlage erlitten: so geboren zu sein, wie sie war, und der Kreis, zu dem sie gehörte, hatte ihr keine Chance weiter zu bieten.

Deshalb hatte Delphins Annäherung im Laufe des letzten Winters einen so starken Eindruck auf sie gemacht. Er versäumte niemals die Francaise nach Tisch, wenn sie sich auf einem Balle trafen, und sie wurden nach und nach gute Freunde. Es war daher etwas ganz Gewöhnliches, daß ihre Freundinnen sie mit dem Kammerherrn neckten, und Sophie Falck-Olsen begann denn auch heute, als die Damen um den Teetisch zur Ruhe gekommen waren: „Wie hing es eigentlich mit Kammerherr Delphins Verlobung zusammen? Du, Hilda, mußt am besten damit Bescheid wissen."

„Ich? Weshalb sollte ich etwas davon wissen?"

„Ach, Du bist ja die einzige, wenigstens von uns Jüngeren, der die Auszeichnung zuteil wird, mit dem Kammerherrn zu tanzen."

leuten, sondern überall gibt — mit durchschlüpfen, so werden die für die beträchtliche Krankengeldsteigerung nicht verantwortlich gemacht werden können.

Mit viel größerem Recht können die steigenden Krankheitsziffern auf die immer schlechter werdenden Arbeitsverhältnisse im Bergbau zurückgeführt werden. Die Bergarbeiter werden zu immer höheren Leistungen angetrieben. Besonders während der letzten Hochkonjunktur überstieg die Treiberei, das Hetzen und Jagen nach Kohlen, fast alle Grenzen. Vom Betriebsführer an bis zum letzten Aufseher schrie alles nach Kohlen, Überschichten über Überschichten mußten verfahren werden. So wurde die Leistungsmöglichkeit bis zur Erschöpfung gesteigert und mit der Gesundheit und der gesunden Lebenskraft der Bergarbeiter der schlimmste Raubbau getrieben.

Ist es da ein Wunder, wenn jetzt die Reaktion eintritt und in den gesteigerten Krankheitsziffern zum Ausdruck kommt? Hinzu kommt aber noch, daß die Bergarbeiter in den beiden letzten Jahren ihre Ernährung verschlechtern mußten. Vom 1. Quartal 1908 bis zum 3. Quartal 1909 — neuere Zahlen liegen noch nicht vor — also in 21 Monaten, wurden die Löhne der Ruhrbergleute um 58 706 440 Mark reduziert, abgesehen von dem Lohnverlust, der ihnen durch die vielen Feierschichten entstand, und der sich kaum berechnen läßt. Das muß naturgemäß auf die Lebenshaltung der Bergarbeiter ungünstig einwirken.

Aus diesen Verhältnissen heraus erklärt es sich, daß die Kräfte der Bergarbeiter erschöpft sind und die Krankheitsziffern sich steigern. Die Kassenverwaltung hätte also diese sozialen Ursachen in Rechnung ziehen und nicht in Weltabwesenheit auf Repressivmaßregeln gegen die vermehrten Krankheitsfälle sinnen sollen, dann hätte sie eine sehr reale Begründung für die ihr jetzt unverständliche soziale Erscheinung finden können.

Ein Teil der bürgerlichen Presse hat sich natürlich beeilt, das Rundschreiben des Knappschaftsvereins zur Kenntnis ihrer Leser zu bringen, natürlich doch nur zu dem Zweck, die Bergarbeiter als Simulanten zu kennzeichnen und sie in der öffentlichen Meinung herabzusetzen.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten".

Berlin, den 23. Februar 1910.

42. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Delbrück, Wermuth.

Der Platz des Abg. Bebel ist mit einem Strauße roter Nelken geschmückt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Vizepräsident Dr. Spahn mit, daß aus Anlaß des Todes des Präsidenten Grafen Stolberg Beileidskundgebungen von einer Reihe deutscher Fürsten und Behörden eingegangen sind.

Es folgt die Beratung des Entwurfs zum

Reichskontrollgesetz,

welches die Kontrolle des gesamten Reichshaushalts, des Haushalts von Elsaß-Lothringen und des Haushalts der Schutzgebiete „bis auf weiteres" der preußischen Oberrechnungskammer unter der Benennung „Rechnungshof des Deutschen Reiches" unterstellt.

Reichsschatzsekretär Wermuth begründet den Entwurf, der bis zum Erlaß des noch ausstehenden Gesetzes über den Rechnungshof die Materie regeln soll. Er trifft im wesentlichen Bestimmungen zur Verringerung des Schreibwerks.

Dr. Görcke (NL.) beantragt Überweisung an die Budgetkommission.

Racken (Z.) stimmt dem Antrag bei, wünscht aber eine begrenzte Zeitdauer für das Gesetz, damit das endgültige Gesetz nicht so lange auf sich warten lasse.

Freiherr v. Gamp (Rp.) und Freiherr v. Richthofen (K.) erklären sich mit Kommissionsberatung einverstanden, worauf der Entwurf der Budgetkommission überwiesen wird.

Etat des Reichsamts des Innern.

Die zweite Lesung wird fortgesetzt, die dazu gestellten Resolutionen stehen mit zur Beratung.

Graf von Carmer (K.) empfiehlt die konservative Resolution, welche die Pensions- und Hinterbliebenen-Versicherung der Privatbeamten noch in dieser Session erledigt wünscht, sowie die Zentrumsresolution, welche Unfallfürsorge wünscht bei Arbeiten zur Rettung von Personen und Bergung von Gegenständen. Hingegen hält er die Zentrumsresolution, welche Vereinbarungen oder Maßnahmen zur Verhinderung des Gebrauchs des gesetzlichen Koalitionsrechts unter Strafe gestellt wissen will, für bedenklich. Auf dem Lande würde das Koalitionsrecht nur einen Keil treiben in das gute Verhältnis zwischen Landwirten und Landarbeitern. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Zustim. rechts.) Redner begründet ferner eine konservative Resolution, welche gesetzliche Regelung des Verkehrs mit Futter- und Düngemitteln wünscht, was namentlich im Interesse der kleinen Landwirte sei. Wir wünschen ferner, daß in Molkereien die ununterbrochene Ruhezeit auf acht Stunden täglich herabgesetzt werden darf, in welchem Falle den Arbeiterinnen eine mindestens dreistündige Mittagspause zu gewähren ist. Eine solche Bestimmung könne niemandem schaden. (Beifall rechts, besonders beim Abgeordneten Paull-Potsdam).

Dr. Stresemann (NL.) rühmt zunächst die Schutzzollpolitik, die aber doch verhängnisvoll werden könne, wenn sie zum Zollkrieg mit Ländern führt, auf deren Rohprodukte wir angewiesen sind. Gegen die Überspannung des Schutzzollgedankens, wie sie jetzt in Frankreich zutage tritt, seien die schärfsten Repressivmaßregeln berechtigt oder doch begreiflich. Wir wünschen zwar keinen Zollkrieg, schlagen aber vor, die Regierung mit Vollmachten gegenüber den wichtigsten französischen Einfuhrartikeln auszurüsten. (Beif. b. d. Natl.) Herr Mayer-Kaufbeuren hat hier kürzlich von dem Interessengegensatz zwischen Großhandel und Großindustrie auf der einen und dem Kleinhandwerk auf der andern Seite gesprochen. Aber diese Gegensätze verschwinden gegenüber dem gemeinsamen Gegensatz zu den Hochagrariern, die schon heute die Parole ausgeben: Noch weitere Erhöhung der Getreidezölle. (Lebh. Hört, hört! links.) Der Hansabund wird weder durch Reden des Abg. Mayer gefährdet, noch durch Pfuirufe im Zirkus Busch. (Lebh. Zust. b. d. Liberalen.) Nebenbei bemerkt: Wenn der Herr Reichskanzler wieder einmal das Bedürfnis empfindet, eine Vorlesung über den guten Ton zu halten, so halte er sie dem Bunde der Landwirte! (Stürmische Zustimmung auf der gesamten Linken. Zuruf des Abgeordneten Gothein: den Wählern 1. Klasse. Sehr gut! bei den Sozialdem.) Dem Bund der Landwirte, der den Abg. Bassermann zum Dank für seine großen Verdienste um den Zolltarif von 1902 durch einen Diedrich Hahn durch den Schmutz ziehen läßt! (Unruhe rechts, lebh. wiederholte Zustimm. links.) Redner verlangt weiterhin Beschleunigung der Versicherung der Privatbeamten, um die Staatsgesinnung in diesen Kreisen nicht zu gefährden. Die nationalliberale Partei wolle eine verständige Fortsetzung der Sozialpolitik, aber kein mechanisches Paragraphenwerk. Vor der Kommissionsberatung könne einem grauen, wenn man sich die Abänderungsanträge von Paragraph zu Paragraph, von seiten des Kollegen Stadthagen ausführlich und tiefgründig begründet, vorstellt. (Lebh. Beif. u. Htkt. b. den Natl., Htkt. rechts.)

Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück: Die Entwicklung geht dahin, daß jede Nation ihre eigene Industrie zu schaffen sucht. Nationen, die uns bisher ihre Rohprodukte zur Verfügung stellten, suchen sie jetzt selbst zu bearbeiten. Eine Abkehr von unserer bewährten Schutzzollpolitik, unter der Industrie, Handel und Landwirtschaft emporgeblüht sind, kann nicht in Betracht kommen. Redner verbreitet sich über die Einfuhr von Eisenerzen, über unsern Handelsvertrag mit Schweden. Der Vertrag mit Japan laufe auch demnächst ab und müsse erneuert werden. An den Gesetzentwurf zur Regelung der Pensionsverhältnisse der Privatbeamten werden wir sofort herangehen, sobald die Reichsversicherungsordnung erledigt ist.

Brejski (Pole): In Deutschland, besonders in Preußen wird den Ausländern die wirtschaftliche Niederlassung, ja sogar das Studium auf den Hochschulen erschwert. Wir verlangen daher gesetzliche Regelung des Aufenthalts der Ausländer in Deutschland. Ein entsprechender Entwurf sollte bald vorgelegt werden. Auch die Polen, die wirtschaftlich Schwachen, die der Staat schützen sollte, werden an freier wirtschaftlicher Betätigung gehindert. Das Koalitionsrecht wird auch dort, wo es gesetzlich zugestanden ist, in der Praxis von seiten der Polizei vielfach unmöglich gemacht. Den Berufsvereinen sucht man jeden Gebrauch der polnischen Sprache zu hintertreiben, und die Gerichte verlassen sich auf die Ausführungen der Polizeiorgane, wodurch die Berufsvereine als politisch erklärt werden. Wir verlangen für die polnischen Berufsorganisationen gleiche Behandlung, wie sie die christlichen Organisationen erfahren. Für die Landarbeiter verlangen wir das Koalitionsrecht. Als Vertreter ländlicher Bezirke wissen wir, daß das notwendig ist. Im Interesse der Bergarbeiter fordern wir vor allem ein Reichsbergrecht, welches geheime Abstimmung bei den Wahlen der Knappschaftsältesten und die Maximalarbeitszeit der unter Tag Beschäftigten bringt. (Bravo! bei den Polen.) Natürlich werden wir der sozialdemokratischen Resolution zustimmen, nach welcher für alle Stein- und Braunkohlen-, Erz- und Kalibergwerke, sowie für die Schiefer- und Tongruben vom 1. Oktober 1910 ab die Arbeitszeit nicht 8½, vom 1. Oktober 1911 ab nicht 8 Stunden überschreiten soll. Wir selbst verlangen in einer Resolution ein Gesetz, durch welches den Bergarbeitern die Freizügigkeit und die Freiheit des Arbeitsvertrages gewährleistet wird und paritätische Arbeitsnachweise errichtet werden. Die konservative Resolution bezüglich der Molkereien können wir nicht unterstützen. Redner kommt auf die Handhabung des Vereinsgesetzes, insbesondere des Sprachenparagraphen zu sprechen und wird, als er etwas breit einige besonders empörende Fälle preußischer Polizeibrutalität brandmarkt, vom Vizepräsidenten Dr. Spahn unterbrochen. Redner schließt mit dem Hinweis darauf, daß seine Ausführungen sehr wohl zur Sache gehören. (Bravo! bei den Polen.)

Rieseberg (WVg.) beginnt — um 7 Uhr abends — seine Ausführungen mit beweglichen Klagen über die langen Ausführungen seiner Vorredner. Dem Staatssekretär stellt er das Zeugnis aus, vom besten Willen gegenüber dem Handwerk beseelt zu sein, aber die unteren Verwaltungsbehörden richten sich nicht darnach. Dann betont der Redner, wie wertvoll die soziale Gesetzgebung sei, die von den Sozialdemokraten nicht genügend gewürdigt werde. Der Redner klagt dann über das Aufblühen der sozialdemokratischen Konsumvereine, durch welche viele Mittelstandsexistenzen vernichtet werden. Der Redner jammert dann weiter über die hohe Belastung des Mittelstandes durch die Sozialpolitik, die nur für die Arbeiter sorge; wenn die Regierung nicht helfend eingreife, müsse der Mittelstand ganz zugrunde gehen.

Darauf vertagt sich das Haus.

Persönlich bemerkt

Dr. Mayer-Kaufbeuren (Z.): Gegenüber dem Abg. Stresemann muß ich bestreiten, daß in dem von ihm zitierten Flugblatt gesagt ist, der Hansabund und das Zentrum haben gleiche wirtschaftliche Anschauungen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Fortsetzung der Etatsberatung.)

Schluß 8 Uhr.

„Du mußt wahrhaftig nicht glauben, daß ich etwas dazu tue. Ich sage ihm vielmehr jedesmal, er solle sich doch nicht mit der Francaise plagen, wenn er nicht Lust habe", versicherte Hilda.

„Ach, ich kann mir gut denken, daß er meint, er müsse aushalten, wenn er erst einmal begonnen hat. Übrigens," setzte Sophie etwas boshaft hinzu, „machte er sich offenbar das erstemal einen Scherz damit; es war auf unserm Herbstball — wenn ich nicht irre."

„Ich kann von Delphins Verlobung erzählen," rief jetzt Karoline Hjelm, die bisher in der Sofaecke eine Beichte von Sophie angehört hatte; „er verlobte sich mit einer Cousine von seiner Mama, aber acht Tage darauf zwang die Familie sie, die Verlobung rückgängig zu machen; jetzt ist sie übrigens mit einem schwedischen Gutsbesitzer verheiratet."

„Danke schön! Als wenn wir das nicht gewußt hätten," erwiderte Sophie in überlegenem Tone, „aber warum zwang man sie denn, die Verlobung aufzugeben?" Sophie empfand ein nervöses Interesse für alles, was Delphin betraf.

„Meinst Du denn, daß ich dies nicht auch weiß," entgegnete Karoline. „Es geschah deshalb, weil es herauskam, daß Delphin eine häßliche Geschichte mit einer verheirateten Frau dort unten im Westerlande, wo er Bevollmächtigter war, gehabt hatte. Und ich kann Dir auch erzählen, wenn Du es wissen willst, es war Kandidat Hiorths Schwester — nun weißt Du's!"

„Hiorths Schwester? Das trifft sich gut!" rief Sophie und vergaß ihre Überlegenheit, „dann kann ich alles zu wissen bekommen, denn den kann ich aus- und einkehren wie einen Handschuh."

„War es wirklich eine häßliche Geschichte?" fragte Hilda unsicher.

„So häßlich, wie nur irgend denkbar," erwiderte Karoline mit Entschiedenheit.

„Ach was!" meinte Sophie, „die Sache war wohl nicht schlimmer, als die meisten derartigen Vorgänge. Niemand soll mir einbilden, daß die Herren überhaupt so große Tugendhelden sind; und es wäre auch gar nicht gut, wenn sie es wären."

„Was sagst Du da, Sophie?" fragte Luise entsetzt aus der Sofaecke.

„Ach Du mit Deinem tugendhaften Haus! Ich sage, daß unerfahrene, gar zu prüde Herren unausstehlich langweilig sind."

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Partei.

Bebels Geburtstag. Zahllos drängten sich die glückwünschenden Besucher in Bebels bescheidener Wohnung, die durch die Geschenke in einen Blumenhain verwandelt erscheint. Von den vielen Zeichen der Verehrung, die der Jubilar Mittwoch erhielt, ist das bedeutsamste ein Album, das die künstlerisch ausgestatteten Adressen aller Parteien der Internationale enthält. Nicht nur alle europäischen Länder, sondern auch alle Erdteile sind vertreten und beim Durchblättern des stattlichen Bandes fallen vor allem die armenischen und japanischen Schriftzüge in die Augen. Kein anderer Politiker hat je ähnliche Huldigungen erfahren. Vorstand, Generalkommission und Reichstagsfraktion veranstalteten am Abend eine Feier im engeren Kreise, zu der Delegierte der zentralen Instanzen der Berliner Partei- und Gewerkschaftsbewegung, der Redaktionen des „Vorwärts" und der „Neuen Zeit", der Parteischule und des Bildungsausschusses, der Stadtverordneten- und preußischen Landtagsfraktion hinzugezogen waren. Die Genossen Viktor Adler und Jules Guesde, die gerade in Berlin weilten, nahmen gleichfalls an der Feier teil. Genosse Dietz hielt die Festrede, worauf Genosse Viktor Adler-Wien die Glückwünsche der österreichischen Sozialdemokratie darbrachte. Für die französische Arbeiterpartei sprach Genosse Jules Guesde, dessen Rede die Genossin Zetkin übersetzte. Bebel, dessen Bescheidenheit sich all den Ehrungen am liebsten entzogen hätte, nahm selbst zu kurzem Dank das Wort. Er war jugendfrisch und lebendig wie in seinen besten Tagen. Im Namen der Generalkommission feierte Döblin den Jubelgreis. Die Feier der Partei findet am Freitag in der Neuen Welt statt.

Gewerkschaftsbewegung.

Achtung! Buchbinder und Kartonnagenarbeiter! Der Streik der Buchbinder und Kartonnagenarbeiter in Plauen hat seit Anfang dieser Woche größeren Umfang angenommen. In Berlin, Hamburg und Leipzig versuchen Streikbrecheragenten, Kartonnagenarbeiter für Plauen anzuwerben. In Berlin hat sich so ein nützliches Subjekt im „Norddeutschen Haus", Invalidenstraße 116, niedergelassen. Es ist ihm leider gelungen, eine Anzahl Arbeitswillige zu engagieren; dieser Trupp ist Dienstag abend abgegangen. Alle Kartonnagenarbeiter seien daher gewarnt! Die Löhne in Plauen sind miserabel, und das Versprechen hohen Lohnes würde daher nur während der Streikzeit innegehalten werden.

Tabakarbeiterausstand. Bei der Firma Th. Heinecke u. Co. in Kirchlengern (Westfalen) haben die Zigarrenmacher und Sortierer die Arbeit eingestellt, weil sie mit den von der Firma beabsichtigten Lohnreduzierungen nicht einverstanden sind. Die Verhandlungen verliefen resultatlos. Es sind der Deutsche Tabakarbeiterverband, der Zigarrensortiererverband und der Christliche Tabakarbeiterverband beteiligt. Vor Zuzug nach Kirchlengern, Sedlengern und Eilshausen wird gewarnt.

Kampf in einem Außenseiterberuf. Es gibt Berufe, die von den Arbeitern der verschiedensten Gewerbe ergriffen werden, wenn sich im eigenen erlernten Gewerbe keine Existenzmöglichkeit mehr findet. Die wirtschaftlich ungünstigste Zeit schafft so Verschiebungen innerhalb der einzelnen Berufe, die ziffernmäßig gar nicht zu erfassen sind. Eines der Gewerbe, in denen die verschiedensten Arbeiter unterzukommen hoffen und das deswegen zu den schlecht bezahlten gehört, ist die Printenmalerei. Seit Jahren ist die Vergrößerung von Porträtphotographie üblich geworden. Die Rohvergrößerung, die Printe, wird dann meist außer dem Hause durch Überzeichnung vom Printenmaler fertig gemacht. Der Absatz dieser Bilder ist speziell auf dem Lande ein ungeheurer. Den Hauptgewinn steckt aber der Händler ein. Die Printenmaler, gelernte Maler, Akademieschüler, Lithographen, Zeichner, Photographen usw. usw., auch viele weibliche Personen versuchen durch Auszeichnung solcher Printen ihr Leben zu fristen. Berlin ist im besonderen die Zentrale für dieses Gewerbe. Die Ausbeutung ist oft eine ungeheuerliche. Die Möglichkeit der Heimarbeit fördert dann noch die Nachteile des Berufs. So können die großen Firmen nahezu beliebig mit ihren Leuten umspringen. Seit Jahresfrist hat nun der Verband der Lithographen und Steindrucker sich dieser Berufssparte besonders angenommen. Die Organisationsarbeit ist eine sehr schwere. Trotzdem ist es gelungen, eine Printer- und Printenmalersektion zu gründen. Sie kann jetzt auf ihren ersten und zugleich wohlgelungenen Streik zurückblicken. Eine große Berliner Firma kürzte plötzlich den Printenmalerlohn pro Bild von 1 Mk. auf 75 Pfg. Rund ein halbes Hundert solcher Maler traten darauf in den Kampf. Mit großer Begeisterung wurde ein gut funktionierendes Streikpostensystem eingeführt. Der Sieg wurde auch bald errungen. Die alten Löhne wurden mit einer kleinen Verschlechterung erhalten. Aber sonst gab es gleich noch eine ganze Anzahl von Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Hier kann auch die Allgemeinheit viel mit helfen, wenn sie sich darum kümmert, welche Arbeitslöhne von den Auftragnehmern gezahlt werden.

Generalversammlung der Maler. Die Debatte über den Reichstarif gestaltete sich äußerst lebhaft, teilweise persönlich. Schließlich fand, wie gestern schon kurz gemeldet, die Vorstandsresolution Annahme. Dieselbe hat folgenden Wortlaut: Die außerordentliche Generalversammlung hält an den grundsätzlichen Auffassungen der 12. Generalversammlung zu Köln 1909 über Tarifverträge fest. Sie erachtet die vom Vorstand und der Verhandlungskommission bei den Verhandlungen über den Reichstarif eingeschlagene Taktik mit dieser Auffassung als durchaus übereinstimmend. Der neue Reichstarifvertrag ist auf der Grundlage des seit dem Frühjahre 1908 bestehenden, von der Generalversammlung in Köln genehmigten Normaltarifs aufgebaut. Seine weitgehende Bedeutung liegt in der nunmehr herbeigeführten gleichmäßigen Gestaltung des Arbeitsvertrages im Deutschen Reiche, die einen Ausgleich der bisherigen Verschiedenheiten und damit eine Verbesserung der bestehenden Verhältnisse darstellt. Demgegenüber entspricht der materielle Inhalt des Reichstarifvertrages nicht den berechtigten Forderungen unserer Kollegen bezüglich des Lohnes und der Arbeitszeit. Ein allgemeiner und vollständiger Ausgleich, insbesondere gegen die durch die Reichsfinanzreform herbeigeführte unerhörte Verteuerung der Lebenshaltung unserer Verbandsmitglieder, ist nicht erreicht. Es war durchaus notwendig, eine wesentlich materielle Besserstellung der Kollegen herbeizuführen. Die Bewilligung der Forderungen unseres Verbandes stellte das mindeste dar, um den gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnissen gerecht zu werden. Insbesondere gilt dies auch von der Kulturforderung der Verkürzung der Arbeitszeit und dadurch der Verminderung der die Gesundheit unserer Kollegen schädigenden Berufsgefahren. Der völlig ablehnende Standpunkt des Arbeitgebertums gegenüber diesen Forderungen kennzeichnet die Verständnislosigkeit der Unternehmer gegen die sozialen Zeitforderungen in unserem Berufe. Ihre Stellung entspricht lediglich den Klasseninteressen des organisierten Unternehmertums. Hierdurch wurde die Stellung

der unparteiischen Schiedsrichter wesentlich erschwert. Ohne die dankenswerten Bemühungen der Herren Unparteiischen wäre ein Ergebnis der Verhandlungen nicht zu erzielen gewesen. Trotz voller Anerkennung dieser Tätigkeit der Unparteiischen bedauert die Generalversammlung doch, daß in den Schiedssprüchen nur eine so geringe Aufbesserung des Lohnes enthalten und die notwendige Verkürzung der Arbeitszeit nicht berücksichtigt ist. Wenn demnach auch durch die Schiedssprüche eine Befriedigung unserer gerechten Forderungen nicht erzielt ist, so ist dieses Ergebnis insbesondere der bisherigen ungünstigen wirtschaftlichen Konjunktur und den dem Verband noch fernstehenden Kollegen zuzuschreiben. Unter Würdigung der vorliegenden Umstände erteilt die Generalversammlung dem abgeschlossenen Reichstarife ihre Zustimmung. Die auch in unserem Berufe zunehmende Verschärfung der Klassengegensätze erfordert den Zusammenschluß aller Kollegen in einer geschlossenen Organisation. Jede Zersplitterung schwächt die Macht des Verbandes und erschwert die erfolgreiche Vertretung der Forderungen in der Gegenwart und Zukunft. Jeder Versuch, diese Geschlossenheit der Kollegen durch Sonderbestrebungen innerhalb und außerhalb des Verbandes zu gefährden, ist ein schweres Verbrechen gegen die gesamte Arbeiterbewegung. Die Generalversammlung fordert alle Kollegen auf, tatkräftig im Verbande weiterzuwirken. Pflicht eines jeden Mitgliedes muß es sein, unermüdlich dafür zu sorgen, daß auch unter den schwierigsten Verhältnissen die noch fernstehenden Kollegen unserer Organisation zugeführt werden, damit der Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands mehr an Macht und Einfluß gewinnt, zum Nutzen aller Mitglieder." — Der Punkt: Durchführung des Reichstarifvertrages wurde in geschlossener Sitzung behandelt. Das einleitende Referat hält Heinrich-Hamburg. Er begründete folgende Resolution: „Mit Bezugnahme auf die Resolution über einen Reichstarif stellt die außerordentliche Generalversammlung in Dresden fest, daß die Durchführung dieses Tarifes, der bereits am 17. Januar 1910 in Kraft getreten ist, noch sehr viel zu wünschen übrig läßt, weil der Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe es an dem nötigen Ernst fehlen läßt, in einer Reihe von Orten eine raschere Durchführung herbeizuführen. Dazu kommt, daß der Hauptverband der Arbeitgeber es bisher unterlassen hat, gemeinsam mit unserem Verbande einen Kommentar über die Auslegung der Vertrags-Bestimmungen zu vereinbaren. Deshalb beauftragt die Generalversammlung den Vorstand des Verbandes, von den Arbeitgebern die sofortige Durchführung des Tarifes und der Schiedssprüche zu fordern. Für alle örtlichen Verhandlungen ist die Gewährung der allgemeinen Lohnerhöhung unerläßliche Voraussetzung. Endlich ermächtigt die Generalversammlung den Vorstand, gegen alle Betriebe oder Tariforte, wo die Durchführung des Tarifvertrages unterbleibt, mit den schärfsten Mitteln vorzugehen. Die Filialverwaltungen sind gehalten, von allen sich bei der Durchführung ergebenden Differenzen den Bezirksleitern unumgänglich Mitteilung zu machen, um der Verbandsleitung die notwendige Übersicht und die Erteilung entsprechender Direktiven zu ermöglichen." — In der Debatte über diesen Punkt, die sich bis in die spätesten Abendstunden hinzog, wurde lebhaft Klage darüber erhoben, daß viele Unternehmer die Bestimmungen des Tarifs nicht durchführen. Allenthalben wurde verlangt, daß scharfe Maßnahmen getroffen werden, um den Tarif auf der ganzen Linie durchzuführen. Die vorgelegte Resolution fand Annahme. Die Arbeiten der Generalversammlungen waren damit beendet.

Arbeiterprotest gegen Scharfmacher-Übermut. Der Verband der Kölner Industriellen hatte am 4. Januar ds. Js. an den Minister des Innern eine Eingabe gerichtet, in der unter Berufung auf angebliche Übergriffe während einer Ausstandsbewegung bei der Tapetenfabrik Flammersheim und Steinmann in Köln-Zollstack, das Verbot des Streikpostenstehens gefordert wurde. Gegen dieses scharfmacherische Verlangen protestierte am Sonntag vormittag eine stark besuchte Versammlung der Kölner Gewerkschaften. Es wurde eine Resolution angenommen, in der die Behauptungen des Kölner Unternehmerverbandes als unwahr zurückgewiesen und der Meinung Ausdruck gegeben wird, daß wenn sich irgend jemand wegen gesetzlicher Benachteiligung bei Ausstandsbewegungen verletzt fühlen und daher beschweren wollte, die Arbeiterschaft hierzu am allerwenigsten Veranlassung hätte. Die Versammlung sieht in der Aktion der Kölner Unternehmer die Tendenz der Industriellen bestätigt, daß man versuchen will, auch die Gesetzgebung gegen die Arbeiterschaft mobil zu machen. Es erscheint die Annahme berechtigt, daß man lediglich aus Anlaß der Vorbereitung eines neuen Strafgesetzbuches die durch nichts begründete Aktion eingeleitet habe. Die Versammlung nimmt daher mit Bestimmtheit an, daß der Minister des Innern einer solchen Eingabe jede Beachtung versage.

Ein tägliches Arbeiterblatt in Australien. In Australien erscheinen eine Reihe sozialistischer Zeitungen und Arbeiterzeitungen, doch alle nur wöchentlich oder in noch längeren Zwischenräumen. Und sogar diese führten früher meist ein bescheidenes Dasein, solange die große Masse der Arbeiterschaft völlig indifferent war oder aber sich durch eine elendige Kompromißpolitik mit hie und da von den anderen Parteien zugestandenen Konzessiönchen zufrieden gab. Die rapide industrielle Entwickelung Australiens, die sogar schon zu drückender und ständiger Arbeitslosigkeit in manchen Berufen geführt hat, die immer schroffer werdenden Klassengegensätze und nicht zuletzt das kürzlich erlassene Knebelgesetz gegen die Gewerkschaften haben weite Kreise der Arbeiterschaft ihrer Klassenbewegung zugeführt. Das hat auch das alte Projekt der Tageszeitung wiederbelebt und viel schneller als erwartet werden konnte der Verwirklichung nahe gebracht. Hierzu hat vor allem auch der große Bergarbeiterausstand beigetragen, bei dem sich das Fehlen eines solchen Organs recht fühlbar machte, um die täglich neu erfundenen Schwindelnachrichten der kapitalistischen Presse zu widerlegen und zu verhindern. Die „Australien Workers Union" hat durch Urabstimmung mit 22 090 gegen 11 618 Stimmen beschlossen, einen jährlichen Extrabeitrag von 10 Mk. für ungelernte Arbeiter und 20 Mark für gelernte Arbeiter zu erheben zur Gründung und Unterhaltung einer täglichen Gewerkschaftszeitung. Der gleiche Vorschlag unterlag schon einmal, im Jahre 1908, der Urabstimmung, war jedoch damals mit 16 003 gegen 11 537 Stimmen abgelehnt werden. Die Stimmung unter den Mitgliedern hat sich demnach innerhalb Jahresfrist ganz bedeutend geändert, wie der obige Beschluß beweist, welcher der Opferwilligkeit der australischen Arbeiter das beste Zeugnis ausstellt.

Soziales.

Vom Industriellen-Arbeitsnachweis in Mannheim. Gegen den Geschäftsführer genannten Nachweises, Dr. Moebius, hatte die Staatsanwaltschaft ein Ermittelungsverfahren eingeleitet. Wir schrieben schon damals, daß bei der Sache nichts herauskommen wird, da sich die Herren im Nachweis auf die staatsanwaltschaftlichen Recherchen gut vorbereiten konnten. Jetzt hat die Staatsanwaltschaft das Verfahren eingestellt, weil die Untersuchung ergeben hat, daß eine Kennzeichnung mißliebig gewordener Arbeiter bei der Vermittelungsstelle nicht durchgeführt worden ist. — Na also! Somit muß ja die ganze Geschichte mit der geheimen Kennzeichnung der Arbeiter wieder Schwindel sein, wenn auch offenkundige Tatsachen dafür vorliegen. Die objektivste Behörde hat mit dieser Aktion noch den Unternehmern und ihren Zeitungsföldlingen genützt, die dieses staatsanwaltschaftliche Zeugnis für ihre Unschuld jedem unter die Nase halten können, der je daran zu zweifeln wagte. Es bleibt also dabei: „Die leidenschaftlichen Vorwürfe, welche gegen den Arbeitsnachweis wegen angeblicher geheimer Kennzeichnung von Arbeitern erhoben wurden, entbehren jeglicher Begründung." So sagt die Großherzogliche Staatsanwaltschaft. Und wir setzen hinzu: Die Bezeichnung der einzelnen Arbeiter als „Hetzer", „Agitator" usw. war nur eine Stilübung für den Herrn Moebius.

Der eiferne Kollege. Die wirtschaftliche Lage der Buchdrucker [illegible] in einer Veröffentlichung des Vereins Leipziger Buch[illegible] und Schriftgießergehilfen wenig rosig geschildert. Im Jahre 1909 waren allein in Leipzig 3023 Gehilfen 12 086 Wochen arbeitslos, wobei nur die im genannten Verein organisierten in Betracht kommen. „Nur der denkbar größten Opferwilligkeit der in Arbeit stehenden Gehilfen" — heißt es in der Veröffentlichung — „die unter den heutigen Lohnverhältnissen an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit auf dem Unterstützungsgebiete angekommen sind, ist es zu danken, wenn ein beträchtlicher Teil Buchdrucker, im besonderen Schriftsetzer und deren Angehörige vor der Inanspruchnahme öffentlicher Almosen geschützt sind." Es wird dann weiter gesagt, daß die hauptsächlichste Ursache der ständigen Arbeitslosigkeit, namentlich in den Kreisen der Schriftsetzer, auf die technischen Umwälzungen im Schriftsetzergewerbe durch die immer mehr Verbreitung findende und bereits jetzt zur größten technischen Vollkommenheit gediehene Setzmaschine zurückzuführen sei, die tausend Arbeiterhände überflüssig macht. „Die Setzmaschinen halten ihren Siegeszug unaufhaltsam durch die ganze Welt. Die Handarbeit im Schriftsetzerberufe wird durch die Maschinenarbeit verdrängt. —"

Eine Petition der Bergarbeiter an den bayerischen Landtag. Die Bergarbeiterschaft der fiskalischen Grube Peißenberg hat durch den Bergarbeiterband eine Petition an den bayerischen Landtag gerichtet. In der Petition wird eine Änderung des Beförderungswesens für die Hauer verlangt, ferner Freilieferung des Handwerkszeuges, reichlichere Abgabe von Hausbrandkohle und eine Regelung der Löhne. In der Begründung wird a. a. gesagt, daß das jetzige Klassensystem im Beförderungswesen deshalb ein ungerechtes sei, weil bei gleicher Leistung im Gedinge (Akkordarbeit) ungleiche Löhne gezahlt werden. Es sei kein gerechtes Akkordsystem, wenn von einer Kameradschaft, die in einem Bau gemeinschaftlich im Gedinge arbeitet, der eine 5 Mk. für 10 Wagen Kohlen bekommt, der andere für das gleiche Quantum 4,50 Mk. und der dritte gar bloß 4 Mk. Dadurch würde dieses Akkordsystem zu einen Treibsystem allerschlimmster Sorte. Trifft nun einen Lehrhauer ein Unfall, so hat er auch da wieder den Nachteil, weil seine Rente, bei gleicher Leistung mit der Hauerleistung, nach dem viel niedriger stehenden Lehrhauerverdienst berechnet wird. — Es wird wenig oder gar keine Privatgruben in Bayern geben, wo sich die Arbeiter ihr Gezähe (Arbeitszeug) selbst beschaffen müssen, wie auf der staatlichen Grube Peißenburg. Es ist das eine Härte für solche, die als Hauer anfangen wollen, denn diese benötigen mindestens für 35—45 Mk. Gezähe. Der Bergmann Peißenbergs müsse oft im Winter noch frieren, trotzdem er die schwarzen Diamanten aus der Grube holt. Es trifft das am meisten die Pensionierten mit niederen Pensionen. Es wäre deshalb nachahmenswert, wenn in Peißenberg die Abgabe von Hausbrandkohle für die Arbeiter so geregelt würde, wie bei der oberbayerischen Aktiengesellschaft, nämlich, daß jeder Arbeiter, der einen eigenen Haushalt führt, ein entsprechendes Quantum Abfallkohle im Jahre frei erhielte. In Anbetracht der immer mehr steigenden Lebensmittelpreise und der durch die Reichs- sowie bayerische Finanzreform in nächster Zeit zu erwartenden Belastung der Arbeiterschaft wäre weiter eine Erhöhung der Schichtlöhne, wie sie in der Petition eingeführt seien, gewiß nicht als unbillig zu bezeichnen.

Gegen Polizeibrutalität — für freies Wahlrecht!

Nachdem vorgestern die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung zu den Brutalitäten der Polizei gegen die Wahlrechtsdemonstranten Stellung genommen und das Vorgehen der Beamten fast einstimmig scharf verurteilt hatte, haben gestern die Frankfurter Arbeiter ihre Stimme gegen das greuelhafte Treiben der Polizei in der Nacht zum Freitag erhoben. Neun Versammlungen waren auf nachmittags 4 Uhr angesetzt. Aber alle diese neun Versammlungslokale reichten nicht aus, um die Scharen der aus allen Stadtteilen herbeiströmenden Demonstranten zu fassen. In gewaltigen Zügen kamen die Arbeiter aus den Fabriken herangeströmt, und wer vorher geglaubt hatte, die Frankfurter Arbeiterschaft werde dem Rufe, die Arbeit einige Stunden ruhen zu lassen, nicht Folge leisten, um gegen die Polizeimetzelei und gegen die Wahlrechtsvorlage zu protestieren, wurde eines Besseren belehrt. In den großen Betrieben der Metallindustrie, aber auch in vielen andern Berufszweigen verließen die Arbeiter Punkt 3½ Uhr die Werkstätten. Ungefähr **20 000** Arbeiter mögen es gewesen sein, welche von der Arbeit nach den Versammlungen zogen. Die eigentlichen Versammlungen waren lange vor Beginn überfüllt. Im Gewerkschaftshause fanden zwei Versammlungen statt, die total überfüllt waren; trotzdem strömten immer neue Massen zu und stauten sich vor dem Hause, da niemand mehr Einlaß finden konnte. Man improvisierte in mehreren in der Nähe gelegenen Sälen rasch noch einige Versammlungen, doch auch diese Säle vermochten nicht alle Demonstranten aufzunehmen, so daß viele Hunderte noch auf der Straße standen. Auch in anderen Stadtteilen war es ebenso. Im Westend waren ebenfalls drei Versammlungen anberaumt, die nicht ausreichten, so daß noch drei weitere Versammlungen eröffnet werden mußten. Auch aus Bockenheim wird dasselbe berichtet.

Die Polizei hatte ihre alten Vorkehrungen getroffen. Alle Mannschaften waren zum Dienst befohlen. In den Versammlungen herrschte große Begeisterung und kampfesmutige Stimmung. Durch Zustimmung zu den Ausführungen der Redner brachten die Versammlungsteilnehmer ihre tiefe Entrüstung über die Brutalitäten der Polizei zum Ausdruck. Die Referenten erklärten, daß lediglich die Polizei die Verantwortung für alles, was zu scharfen Zusammenstößen führte, zu tragen habe. Verurteilt wurde ferner, daß in der Stadtverordnetenversammlung der Oberbürgermeister Dr. Adickes die Polizei noch verteidigt habe und dabei von den Nationalliberalen unterstützt worden sei.

In allen Versammlungen gelangten scharfe Resolutionen zur Annahme, worin erklärt wird, daß die Polizei sich in zahlreichen Fällen ohne Grund schwerer Körperverletzungen schuldig gemacht und das Leben der Einwohner in leichtfertiger Weise gefährdet habe. Die Versammelten verpflichteten sich, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht zum preußischen Landtag eingeführt wird.

In allen Versammlungen wurden die Teilnehmer ermahnt, sich nicht provozieren zu lassen, sondern ruhig nach Hause zu gehen. Die Partei hatte eine größere Anzahl Ordner beauftragt, auch auf der Straße die Demonstranten zur Ruhe zu ermahnen. Darauf marschierten die Versammlungsteilnehmer in losen Zügen durch die Straßen heimwärts. Von Dornheim kam ein großer Trupp herein und brachte vor dem Polizeipräsidium, sowie vor dem Gewerkschaftshause Hochrufe auf das allgemeine gleiche Wahlrecht aus. Da kein uniformierter Polizeibeamter sich auf der Straße sehen ließ, verlief alles ohne Zwischenfall und Zusammenstoß. — Ein weiterer Beweis dafür, daß alle vorangegangenen Exzesse nur auf das Schuldkonto der Polizei zu setzen sind. Die Frankfurter Arbeiterschaft aber hat mit diesen Kundgebungen ein glänzendes Zeugnis ihrer Energie und festen Disziplin abgelegt.

Aus dem Gerichtssaal.

Der Einsturz der Görlitzer Stadthalle, der am 9. Mai 1908 erfolgte, hat am Mittwoch, dem 23. Februar die Strafkammer des Görlitzer Landgerichts beschäftigt. Bei dem schrecklichen Bauunglück haben 5 brave Arbeiter ihr Leben eingebüßt. Bald nach dem Unglück wurden der Erbauer der Stadthalle, Architekt Bernhard Sehring aus Charlottenburg und sein Bauführer Naumann verhaftet. Sie wurden aber nach kurzer Zeit aus der Haft entlassen. Später stellte das Gericht das Verfahren gegen Sehring ganz ein und hielt nur gegen Naumann die Anklage aufrecht. Außer ihm ist der frühere Fabrikbesitzer Marting in Sorau, der Lieferant der eisernen Dachkonstruktion, mit angeklagt. Die Anklage lautet auf fahrlässige Tötung und Körperverletzung. In dem Prozeß war schon zweimal Termin angesetzt, der aber jedesmal vertagt wurde.

Das geschenkte Auto. Der Dresdener Oberbürgermeister Dr. Beutler erhielt von dem Direktor der Firma Seidel u. Naumann, Kommerzienrat Förster, ein Automobil geschenkt. Der Oberbürgermeister ließ den Feuerwehrmann Ernst Richard Grellmann als Chauffeur ausbilden, der am 3. Dezember eine Probefahrt in die Lößnitz machte. An der Kreuzung der Schilden- und Meißner-Straße befindet sich eine Straßenbahnhaltestelle. Die Schmiedemeistersehefrau Kirsten entstieg dem Straßenbahnwagen, als Grellmann mit dem Automobil angefahren kam. Er hielt weder an, noch gab er die nötigen Warnungssignale. Offenbar hatte er die Herrschaft über den Kraftwagen verloren. Die Schmiedemeistersehefrau wurde überfahren und erlitt schwere innere Verletzungen. Grellmann hatte sich wegen fahrlässiger Körperverletzung zu verantworten. Die Verletzte, die heute noch unter den Folgen dieses Unfalls leidet, hatte sich dem Verfahren als Nebenklägerin angeschlossen. Die Beweisaufnahme ergab, daß eine Fahrlässigkeit des Angeklagten den Unfall verursacht hatte. Das Urteil lautete auf 200 Mk. Geldstrafe. Das dicke Ende kommt aber noch nach, denn die Verletzte hat einen Zivilprozeß in Aussicht gestellt, um für die Unfallsfolgen entschädigt zu werden. Die Annahme des geschenkten Autos ist seinerzeit von den Stadtverordneten beschlossen worden. Nur die Sozialdemokraten haben dagegen gestimmt.

Wie den Söhnen des Volkes in deutschen Kasernen die Vaterlandsliebe beigebracht wird. Vor dem Kriegsgericht in Dresden wurden wiederum zwei Soldatenmißhandlungsprozesse verhandelt, die rohe Mißhandlungen und Schikanen zutage förderten und die — was schon immer die Regel bildete — mit auffallend gelinden Strafen endeten. Zuerst war der 22jährige Unteroffizier Gröbel vom Grenadier-Regiment Nr. 102 wegen Mißhandlung und Beleidigung eines Untergebenen angeklagt. Der Angeklagte stieß beim Exerzieren dem Rekruten Jäger mit den Worten „Da soll man sich nicht ärgern" den Gewehrkolben mit Heftigkeit in die rechte Seite, so daß der Gemißhandelte sich vor Schmerzen nach vorn beugte. Der Soldatenschinder äußerte dann noch mit Bezug auf J.: „Ich kann den Hund nicht sehen!" Seit der rohen Mißhandlung hatte J. fortgesetzt unter heftigen Schmerzen zu leiden, es stellte sich Erbrechen und Nasenbluten ein und schließlich mußte der Soldat in das Lazarett eingeliefert werden, wo eine Bauchquetschung festgestellt wurde und eine dreiwöchige Behandlung eintrat. Wie der Mißhandelte vor Gericht angab, hat er heute noch beim Laufen unter stechenden Schmerzen in der Seite zu leiden. Der Angeklagte gab an, er habe nur eine Korrektur (!) vornehmen wollen. Das Gericht erachtete einen „minder schweren Fall" für vorliegend und erkannte auf — drei Tage gelinden Arrest!! Von der Anklage der Beleidigung wurde der Soldatenschinder freigesprochen!! Danach scheint die Bezeichnung „Hund" wohl als eine Schmeichelei für einen deutschen Soldaten zu gelten?

Als ein „hoffnungsvoller" Soldatenerzieher entpuppte sich der Gefreite Herold vom Leib-Grenadier-Regiment Nr. 100, gegen den sich die nächste Verhandlung wegen Mißhandlung, vorschriftswidriger Behandlung und Beleidigung in zirka dreißig Fällen richtete. Der Angeklagte wurde im Herbst vorigen Jahres zum Rekrutengefreiten ernannt und er begann sofort seine „erzieherische Tätigkeit". Am meisten hatte der Grenadier Heß zu leiden. Dieser wurde einmal von dem Angeklagten zwischen Hals und Rockkragen gepackt, gewürgt und geschüttelt, so daß er Schmerzen davontrug. Eines Tages nahm der Gefreite an T. eine „Helmkorrektur" vor, daß die Schuppenkette zerriß und der Gemißhandelte eine schmerzhafte Verletzung am Kinn davontrug. Auf Befehl des Gefreiten mußte Heß den Mannschaftstisch mit der Zahnbürste scheuern! Bei einer anderen Gelegenheit mußte der genannte Soldat auf den Schrank klettern und oben sitzend essen. Eines Tages wurde ihm befohlen, seinen Kaffeetopf unter eine zum Trocknen aufgehangene aber noch tropfende Litewka zu stellen. Fast täglich wurden die Soldaten Lumpen und Lausejungs genannt. Die versammelte Mannschaft wurde vom Angeklagten immer mit „Ihr Säue und Lumperiche" begrüßt. Der als ein „diensteifriger" Gefreiter geschilderte Angeklagte erklärte vor Gericht, daß er das alles „nicht so gemeint" habe, es sei alles Spaß gewesen. Die mißhandelten und beschimpften Soldaten sind darüber anderer Meinung. Das Gericht nahm auch hier durchweg „minderschwere Fälle" an und ließ äußerste Milde walten, denn es erkannte auf die für diese Gemeinheiten unglaublich gelinde Strafe von — — vier Wochen mittleren Arrest!!

Vom Kriegsgericht Landau (Pfalz) ist der Unteroffizier August Wittmer des 12. Feld-Artillerie-Regi-

ments, der sich in 72 Fällen der Mißhandlung von Untergebenen schuldig gemacht hat, zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Wie ganz anders dagegen wissen die Kriegsgerichte „Gerechtigkeit" zu üben, wenn Soldaten gegen Vorgesetzte leise Notwehr üben. In Landau sollten sich zwei Soldaten des 5. Feld-Artillerie-Regiments an „Vorgesetzten" tätlich vergriffen haben. Der Fahrer Karl Heinz von der 8. Batterie, der dem Gefreiten Zimmermann, weil er ihm wegen zu späten Antretens die Abgabe der Marken zum Fassen der Abendmenagen verweigerte, drei leichte Stöße auf die Brust versetzte, wurde zu zwei Jahren 1 Tag Gefängnis und der Kanonier Heinrich Weber von der 4. Batterie, der den Gefreiten Jensen aus Ärger über die Zurücksetzung eines älteren Mannes, der zum Kaffeefassen zu spät gekommen war, bei den Rockknöpfen packte und schüttelte, zu 1 Jahr 1 Tag Gefängnis verurteilt.

Aus Nah und Fern.

Über die Schreckenstat eines Wahnsinnigen wird aus Steglitz bei Berlin folgendes gemeldet: Der in der Schloßstraße wohnende Gelegenheitsarbeiter Wilhelm Klaar stürzte sich über seine Ehefrau und brachte ihr mit einer Handsäge furchtbare Verletzungen am Kopfe bei. Er war längere Zeit hindurch in einer Irrenanstalt gewesen, kürzlich aber als gesund entlassen worden. Der Irrsinnige entfloh, wurde aber bald gefaßt. Er wird wieder in einer Irrenanstalt untergebracht werden.

Eine Warnung für junge Mädchen. In verschiedenen deutschen Zeitungen werden von Amsterdam aus für die nächstjährige Weltausstellung in Brüssel „gebildete, nette, junge Mädchen" gesucht. Einer Bewerberin ging darauf ein Schreiben zu, in dem es u. a. heißt, daß sie in einer vornehmen Teestube der Ausstellung tätig sein müßte. Sprachkenntnisse nicht erforderlich, nettes Aussehen und Gewandtheit im Verkehr mit dem Publikum aber seien Bedingungen. Monatlich 150 Fr. festes Gehalt, bei der Rückkehr 50 Frs. Reiseentschädigung und 5 Proz. von dem Umsatz der Bewerberin würde gewährt. Das Mädchen solle umgehend eine mitgesandte Aufnahmeerklärung unterschrieben einsenden und — nun kommt der Schwindel zutage — 5,10 Mk. Gebühren einschicken; darauf würde dann der definitive Anstellungsvertrag übersendet. Das Mädchen war nicht so dumm, wie die Amsterdamer Gauner, und erklärte, kein Geld vorher einzusenden, man möge ihr den Vertrag so schicken und die 5,10 Mk. vom ersten Gehalt abziehen. Darauf kam keine Antwort. — Daß man es auf Betrug abgesehen hat, ist klar. Vielleicht aber noch auf Schlimmeres. „Theehäuser" haben in Amsterdam und Brüssel einen ganz anderen Namen! Dazu kommt noch, daß die Inserate, weil aus Amsterdam, der Zentrale des Mädchenhandels stammend, doppelt gefährlich erscheinen. Dort sind — wie überall — Mädchen genug, die gern reell 150 Franks im Monat verdienen möchten. Unwissende Opfer fänden also wahrscheinlich nichts als Schande und Entehrung. Darum Vorsicht!

Raubanfall. Der bei dem Bauunternehmer Leube in Hattingen a. d. Ruhr beschäftigte Bauführer Paul Lindemann holte von der Bank 8000 Mk. Lohngelder. Als er die Bank verließ wurde er von zwei früheren Arbeitern Leubes überfallen und durch zwei Messerstiche schwer verletzt. Er besaß aber die Geistesgegenwart, das Geld in das Bankgebäude zu schleudern und um Hilfe zu rufen. Die Polizei nahm die Räuber nach heftiger Gegenwehr fest.

Die „Kranken"kasse als Geschäft. Wir warnten kürzlich vor dem Beitritt zu der neugegründeten „Colonia"-Kranken-Versicherungsgesellschaft, eingeschriebene Hilfskasse in Köln, die wir als eine Fortsetzung der geschlossenen Kasseler Krankenkasse bezeichneten. Über die von den Gründern veranstaltete erste Generalversammlung, die dieser Tage in Köln stattfand, wird der „Rhein. Ztg." geschrieben: „Herr B. Guillaume, hier, früher Bezirksdirektor der verkrachten Kasseler Kasse, wurde zum ersten Vorsitzenden gewählt. Es wurden ihm von der Versammlung, die hauptsächlich aus alten Vertretern der Kasseler Kasse und Freunden des Herrn G. bestand, für seine Bemühungen 4000 Mk. Gehalt jährlich, 1 Proz. der ganzen Einnahme und 60 Mk. monatlich für Bureauzuschuß bewilligt. Als Reisespesen erhält er besondere Tagegelder von 8 Mk. pro Tag, außerdem Eisenbahn-Fahrgeld. Die beiden gewählten Beisitzenden Dohmen und Dähme erhalten jährlich 720 Mk. Den Vertretern sind die Aufnahmegebühr von 2 Mk., die Einschreibegebühr von 1 Mk., der ganze erste Monatsbeitrag, vom zweiten Monat 25 Proz., vom dritten und den folgenden Monaten 20 Proz. der Einnahme bewilligt worden. Auch erhalten sie ferner für je 100 zahlende Mitglieder pro Monat 5 Mk., für jede Krankenkontrolle 1 Mk. und für jeden bei der Kontrolle Abgefaßten 3 Mk. Wenn man diese Summen alle zusammenrechnet, so muß man sich fragen, was denn da für die Kranken übrig bleibt, zumal wenn man berücksichtigt, daß die Kasse ohne jede Bareinlage gegründet wurde. — Also: Vorsicht, wenn Agenten kommen!

Verschüttet. In Blansko in Mähren wurde eine arme Familie, bestehend aus Mutter, Tochter und deren Kind, die in einer Erdhöhle wohnten, verschüttet. Alle drei Personen wurden getötet.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Ein miserabler Weg

ist die Verbindung zwischen der Ziegelei in der Schwartauer Allee und der Einsiedelstraße. Dieser Fußweg, der täglich von zahlreichen Arbeitern benutzt werden muß, befindet sich in einem derartigen Zustande, daß man bis über die Knöchel im Lehm versinkt, was naturgemäß das Gehen sehr erschwert und die Kleidung beschmutzt. Wir möchten nun an die Behörde das Ersuchen richten, für eine baldige Ausbesserung des Weges Sorge zu tragen.

Mehrere tägliche Passanten.

Handels- und Marktnachrichten.

Getreidepreise.

Lübeck, 22. Februar.

Weizen, 116—128 Pfd. holl. 185—210 Mk. **Roggen** 112—122 Pfd., neuer holl. 135—160, **Gerste,** nach Qualität 135—150 Mk. **Hafer,** nach Qualität, alter 135—160 Mk. hochfein über Notiz. per 1000 Kilo.

Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein

Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.

Hamburg, 23. Februar.

1. Klasse 243 Drittel zu 134,46 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 21 „ „ 129,65 Mk. „ „

Schiffsnachrichten.

In Travemünde angekommene Schiffe.

Dienstag, 22. Februar.

D. Stralsund I, Kapt. Raddatz, von Rostock, 7 St.

Mittwoch, 23. Februar.

D. Najaden, Kapt. Stenfelt, von Kopenhagen, 13 St.
D. Rhea, Kapt. Hiller, von Kiel, 10 St.
D. Thor II, Kapt. Jörgensen, von Nakskov, 8 St.

Von Travemünde abgegangene Schiffe.

Dienstag, 22. Februar.

D. Expreß, Kapt. Davidsen, nach Flensburg.
D. Sendella, Kapt. Sunday, nach Nakskov.

Mittwoch, 23. Februar.

D. Ulfsborg, Kapt. Möllerup, nach Kopenhagen.
D. Seeadler, Kapt. Mews, nach Wismar.

Literarisches.

Die „Sozialistischen Monatshefte", redigiert von Dr. J. Bloch (Administration Berlin W. Potsdamer Str. 121 h) die bekanntlich alle 14 Tage erscheinen, haben soeben das 4. Heft ihres 16. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Dr. Leo Arons: Zu August Bebels 70. Geburtstag. — Wilhelm Schröder: Arbeiter und Sozialreform. — Otto Lang: Strafrecht und Klassenkampf. — Emile Verhaeren: Die Menge. — Eduard Bernstein: Marie Mendelson-Jankowska. — Paul Müller: Der Zusammenschluß der deutschen Verkehrsarbeiter zu Wasser und zu Lande. — Dr. Ivanoe Bonomi: Die Arbeiterorganisationen Italiens. — Wirtschaft von R. Wissell. — Gewerkschaftsbewegung von H. Stühmer. — Frauenbewegung von W. Zepler. — Philosophie von Prof. Dr. F. Staudinger. — Sozialwissenschaften von Dr. C. Schmidt. — Bühnenkunst von H. Winand. — Kunstgewerbe von P. Westheim. — Als künstlerische Beigabe enthält das Heft ein Porträt Maria Mendelson-Jankowska.

Der Preis des Heftes beträgt 50 Pfg., pro Quartal (6—7 Hefte) 3 Mk. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, auf jeder Postanstalt, in den Kiosken, bei allen Kolporteuren, sowie direkt vom Verlag der „Sozialistischen Monatshefte", Potsdamer Str. 121 h, Berlin W. 35 (Zusendung unter Kreuzband oder in geschlossenem Kuvert). Probehefte stehen auf Verlangen jederzeit kostenfrei zur Verfügung.

Sisyphusarbeit oder positive Erfolge. Beiträge zur Wertschätzung der Tätigkeit der deutschen Gewerkschaften. Die Schrift enthält im wesentlichen die unter dem gleichen Titel im „Correspondenzblatt" im Jahre 1909 erschienene Artikelserie. Der Buchhandlungspreis beträgt 50 Pfennige. Herausgeberin ist die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Briefkasten.

F. Nein.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Hurra, Hurra!
Der kleine Schlachter ist jetzt da!
Die glückliche Geburt eines kräftigen Jungen zeigen hocherfreut an
Paul Boldt und Frau.

Danksagung.
Für erwiesene Teilnahme beim Ableben meines lieben Mannes sage ich allen, sowie dem Holzarbeiterverband, meinen aufrichtigsten Dank.
D. Klöver, geb. Hubel.

Zum 1. April eine **Zweizimmerwohnung** zu vermieten. Preis 210 Mark. St. Annenstraße 18, part.

Dam.-Masken-Kostüme
zu vermieten Fleischhauerstraße 8.

Herren-Masken-Anzüge
zu vermieten. **Fackenburg 97.**

3 fl. **Damen-Maskenkostüme** billig zu verm. Krempelsd. Allee 24, part.

Mehrere flotte **Damen-Masken-Anzüge** billig zu vermieten.
Drögestraße 11 a, I.

Zu kaufen gesucht ein gut erhalt. Radfahr-Regenmantel.
Angeb. u. Nr. u. **F. 20.** a. d. Exp.

Zu kaufen gesucht ein Haus mit 2—3 Wohnungen v. d. Holstentor. Angeb. u. **W. V.** a. d. Exp.

Ein Kinderklappstuhl, ein Sommerjackett, pass. f. Konfirmandinnen zu verk. Warendorpstr. 6, 2. Et.

Möchte ein kleines Kind in Pflege nehmen. Angeb. u. **S. B.** a. d. Exp.

Kartoffelland zu vermieten (Fettland).
J. Kloth, Stockelsdorf.

Visitkarten
— **ff. Elfenbeinkarton** —
100 Stück von Mk. 1.— an
Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.

Kartoffeln.
Empf. hochfeine **Magnum bonum**
6 Pfd. . . . . 25 Pfg.
Ztr. . . . . 3.25 Mk.
Große Burgstraße 45.

Selbstkochende Magnum bonum Sack 6.50 Mk., **Lauenburger Eierkartoffeln** Sack 10 Mk., und 3jähr. rote und schwarze **Johannisbeersträucher** zu verkaufen.
H. Retzlaff, Kottwitzstr. 15.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 **Otto Albers** Kohlm. 10
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:
Lederhosen . . . **2.20**—6.45
Maurerhosen . . **2.60**—6.75
Schlosserhosen . **1.88**—5.25
Überziehhosen . . **1.08**—2.25
Zwirn-Hosen . . **1.68**—3.25
leinene Jacken, schräge u. gerade, **1.28,** Kajen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mützen von **20** Pf. bis 1.88 Mk. **Rote Laternen.**

Habe diese Woche
zwei prima junge fette Ochsen geschlachtet und mehrere prima fette Rinder, wovon ich meinen Kunden bestens empfehle.
Pfd. 60 u. 65 Pf.
Schweinefleisch Pfd. 75 Pfg.
Bratenstücke 80 Pfg.
Kalbfleisch 50, Keule 60 Pfg.
Paul Boldt
Schlachterei.
Wahnstraße 22. Fernruf 2133.

Fackenburger Liedertafel.
Maskenball
am Sonntag, 27. Febr. 1910
in F. L. Paetaus Gesellschaftshaus in Fackenburg.
Maskenzug 8 Uhr.
Demaskierung 11 Uhr.
Prinzkarneval auf einem Elefanten
Kostüme sind im Lokale **nicht zu haben.**
Karten für Masken 50 Pf., Herrenkarten für Nichtmasken 1 Mk., eine Dame frei.
Einzelne Dame 50 Pf., woj. Gard.
Ballanfang 6 Uhr. Ende morgens.
Fremde Pierrots und Kinder haben keinen Zutritt.
Die umliegenden Gesangvereine sind freundlichst eingeladen.
Der Vorstand.

St. Lorenz.
Meiner geehrten Kundschaft, sowie Einwohnern der Vorstadt St. Lorenz mache ich hierdurch die Mitteilung, daß ich
Schwartauer Allee Nr. 32, Ecke Marienstraße,
einen
Bestell-Briefkasten
zur gefl. Benutzung angebracht habe.
Der Kasten wird täglich mehrere Male entleert und jede Bestellung schnellstens ausgeführt.
Christian Gäde
Brennmaterialienhandlung.
Kontor: Fischergrube 4. **Fernsprecher 242.**

Ganz Lübeck hat noch nie so gelacht
wie in **„Lübeck auf Stelzen"**
ab 1. März im Hansa-Theater.

Achtung! Flussschiffer!
Mitglieder-Versammlung
Freitag, 25. Febr.
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Tages-Ordnung:
1. Wahlen.
2. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen wünscht
Der Vertrauensmann.

Achtung! Hafenarbeiter!
(Sektion Lastadiearbeiter.)
Versammlung
Freitag, 25. Febr.
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Tages-Ordnung:
1. Wahlen.
2. Verschiedenes.
Der Vertrauensmann.

Die Versammlung des Sozialdemokratischen **Frauenvereins für Stockelsdorf** fällt Donnerstag, den 24. Februar, aus.
Der Vorstand.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Lübeck.
Die am Freitag, dem 25. Februar, fällige Mitgliederversammlung **fällt aus.**
Die Ortsverwaltung.

Hansa-Theater
Nur bis 27. Februar täglich 8 Uhr:
Ein ruhiges Zimmer zu vermieten.
Pantomimen-Ges. Maory (7 Personen).
5 Romantiques
4 Bernhardts, 3 Cornells, 2 Percell, Held, Kaltenborn, Libellen.

Stadthalleutheater.
Freitag, 25. Februar. 8 Uhr.
Martha.
oder: **Der Markt zu Richmond.**
Romantische Oper v. Fr. v. Flotow.
Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei **Nagel,** Markt 14 und **Roß,** Kohlmarkt 13.

Neues Stadttheater.
Freitag, 25. Febr. Ab. 7½ Uhr.
Voll-Ab. 139. Freitag-Ab. 22.
Das Konzert.
Lustspiel von Hermann Bahr.
Sonnabend, 26. Febr. 7½ Uhr.
Strandkinder.
Schauspiel von H. Sudermann.